

Kreisnachrichten

Informationen und öffentliche Bekanntmachungen der Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich

Ausgabe 02/2026

Kundenorientiert - Innovativ - Wirtschaftlich

Dienstag, 06.01.2026

Kreistag beschließt einstimmig Haushalt 2026

In seiner letzten Sitzung des Jahres 2025 hat der Kreistag des Landkreises Bernkastel-Wittlich den Haushalt 2026 beraten und einstimmig beschlossen. Landrat Andreas Hackethal erklärte zum Haushalt 2026:

„Der Absturz der Kommunalfinanzen ist in diesem Ausmaß und in dieser Geschwindigkeit beispiellos“, so Alexis von Komorowski, Hauptgeschäftsführer des baden-württembergischen Landkreistages. Für den ersten Kreishaushalt, den ich zu vertreten habe, sicherlich nicht die besten Voraussetzungen.

Weshalb beginne ich aber meine Haushaltsrede zu unserem Haushalt mit einem Zitat aus Baden-Württemberg? Man konnte lange Zeit den Eindruck haben, dass in unseren südlichen Bundesländern die Welt noch in Ordnung ist. Aber auch in diesen Bundesländern gilt mittlerweile, was in anderen Bundesländern schon seit längerer Zeit gilt: Die Finanzsituation der Kommunen ist desaströs. Die deutschen Städte, Gemeinden und Landkreise erwarten für 2025 ein Defizit von über 30 Milliarden Euro. Und diese Entwicklung setzt sich in 2026 fort. Ganz markant sieht man diese Entwicklung auch bei der Entwicklung der Haushalte der rheinland-pfälzischen Landkreise in 2026. Im Ergebnishaushalt rechnen die Landkreise in 2026 saldiert mit einem negativen Ergebnis in Höhe von rd. 537,6 Mio.€. Die Landkreise gehen von

einem Zuwachs der Kassenkredite von 435,2 Mio. € aus. Dies entspricht 86,5% der vom Land im Zuge des Entschuldungsprogramms PEK-RP in 2024 übernommenen Liquiditätskreditschulden der Kreise. Dies nur zur Verdeutlichung der Rahmenbedingungen unter denen wir den Haushalt für das Jahr 2026 erstellen müssen.

Der Landkreis schaffte es über einen langen Zeitraum hinweg, gute Ergebnisse zu erzielen. Erstmals seit 2015 wurde das Ergebnis in 2024 negativ. In 2025 wurde ebenfalls mit einem negativen Ergebnis geplant. Unter anderem führen Effekte, die bei der Haushaltserstellung noch nicht bekannt waren – unter anderem das Sofortprogramm „Handlungsstarke Kommunen“, aus dem wir vorletzte Woche 5,837 Mio. € erhielten – wohl zu einem deutlich besseren Ergebnis als geplant. Das Jahr ist zwar noch nicht ganz abgeschlossen, nach jetzigem Stand ist aber ein ausgeglichener Haushalt in der Rechnung nicht ausgeschlossen. In 2026 planen wir aber mit einem noch schlechteren Ergebnis als in 2025. In 2026 gehen wir von einem negativen Ergebnis in Höhe von 9,790 Mio. € aus. Im Finanzhaushalt sieht es leicht besser aus. Das ist nicht gut, aber im Vergleich zu vielen anderen Landkreisen in Rheinland-Pfalz ein sehr gutes Ergebnis. In der Planung immerhin das 4. beste Ergebnis im Land.

Was sind die Gründe für diese

Entwicklung? Ein wesentlicher Treiber für diese Entwicklung ist auf der Ausgabenseite, wie bei allen Landkreisen, weiterhin der Anstieg des Defizits in den Sozialhaushalten. Das Defizit zwischen Auszahlungen der sozialen Sicherung und Einzahlungen der sozialen Sicherung steigt in den Ansätzen im Vergleich zu 2025 um 3,75 Mio. €.

Starke Anstiege sind insbesondere im Bereich der Eingliederungshilfe zu verzeichnen. Obwohl die Eingliederungshilfe für minderjährige Kinder ab dem Jahr 2026 im Fachbereich Jugend und Familie, der bisher nur für die seelisch behinderten Kinder und Jugendliche zuständig war, zusammengefasst wird – die Eingliederungshilfe für körperlich und geistig behinderte oder von einer Behinderung bedrohte Kinder und Jugendliche war bisher im Fachbereich 31 - Hilfe zur Pflege und Eingliederungshilfe angesiedelt – plant der Fachbereich 31 mit einem nur um rd. 4 Mio. € reduzierten Zuschussbedarf. Der Ansatz im Fachbereich 31 betrug in 2025 6,689 Mio. €. In 2026 wird ein Ansatz in ähnlicher Höhe (6,3 Mio.€) im Fachbereich 12 veranschlagt. Aus diesem Grund und weil die Ausgaben für die Inobhutnahme weiterhin ansteigen, wächst das Defizit im Produkt Inobhutnahme und Eingliederungshilfe im Fachbereich 12 gegenüber 2025 um fast 8,5 Mio.€.

Einen deutlichen Anstieg wird es auch bei den Personalkosten geben. Neben den line-

aren Anpassungen durch Tarifsteigerungen, die bei den Beschäftigten schon bekannt sind – bei den Beamten müssen wir noch auf den Abschluss der Tarifvereinbarungen für die Beschäftigten bei den Ländern und deren gesetzliche Umsetzung warten – werden Neueinstellungen, die u. a. durch die Übernahme der Schulträgerschaft für die Realschule plus in Thalfang aber auch durch umfangreiche Untersuchungen des Rechnungshofes bedingt sind, zu Mehrkosten von voraussichtlich 3,4 Mio. € führen. Die erwähnte Übernahme der Schulträgerschaft führt naturgemäß auch zu Mehrausgaben. Neben den Personalkosten übernimmt der Landkreis ab dem 01.01.2026 auch die laufenden durch den Schulbetrieb verursachten Kosten und gewährt der Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf einen Zuschuss zum Schuldendienst in Höhe von fast 250.000 € für die nächsten 20 Jahre. Im Gegenzug erhält der Landkreis einen höheren Anteil aus dem Schüleransatz im Rahmen der Schlüsselzuweisung B.

Mit diesen Zahlen habe ich die wesentlichen Veränderungen im operativen Bereich dargestellt. Aber was passiert auf der Einnahmeseite – außer, dass sich der Schüleransatz durch die Übernahme der Realschule plus in Thalfang verändert? Bei einem negativen Ergebnis ist es zunächst

(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

mal naheliegend, dass man an eine Erhöhung der Kreisumlagebelastung denkt. Viele Landkreise mussten bereits im letzten Jahr, auch auf massiven Druck der Aufsichtsbehörde, den Hebesatz erhöhen. Der durchschnittliche Hebesatz beträgt vorläufig 45,99%. Hierdurch wächst das Kreisumlagenaufkommen – von 23 Landkreisen sind die Zahlen bekannt – voraussichtlich um fast 26 Mio. € an.

Vorgabe unserer Haushaltsplanungen war: Den Hebesatz konstant bei 44,2% zu belassen. Für die Beibehaltung dieses Hebesatzes will ich mich auch bei der Aufsichtsbehörde einsetzen. Unter Berücksichtigung dieses Hebesatzes würde die Kreisumlage relativ konstant bei 80,5 Mio. € verbleiben. Auch diese Entwicklung ist nicht selbstverständlich im Land. Das konstante Aufkommen ist ein Indikator dafür, dass sich die wirtschaftliche Entwicklung im Landkreis zumindest nicht verschlechtert hat. Wesentliche Größen wie Gewerbesteueraufkommen und Einkommenssteuer sind konstant geblieben.

Hinweisen möchte ich im Zusammenhang mit der Belastung des nachgeordneten kreisangehörigen Bereiches aber auch auf die Beiträge, die die Gemeinden zur Deckung der Kosten des Landkreises für die Kindertageseinrichtungen leisten. Die Kostenbeteiligung der Gemeinden wird im Haushaltsjahr 2026 deutlich ansteigen. Die bereits erwähnte Sonderumlage aus dem Programm „Handlungsstarke Kommunen“ in Höhe von 5,837 Mio. € werden wir auch in 2026 zum 15.02. erhalten.

Die Schlüsselzuweisung B wird jedoch um rund 2,5 Mio. € sinken. Dies hat unterschiedliche Gründe. Neben verschiedenen kleineren Veränderungen in den Grundlagen ist es zum einen die Berücksichtigung der Aufwendungen

der großen kreisangehörigen Städte mit eigenem Jugendamt in der Schlüsselzuweisung und zum anderen eine Verschlechterung im Sozial- und Jugendhilfeansatz, die in 2026 zu diesem Rückgang der Schlüsselzuweisung B führen. Ansonsten hat sich auf der Einnahmeseite nichts Wesentliches verändert.

Zum Abschluss meiner Ausführungen zum Haushalt möchte ich auf die Investitionen eingehen. Auch wenn unser Haushalt mit einem negativen Ergebnis geplant wird, kann dies nicht bedeuten, dass wir nicht mehr investieren. Durch eine solche Politik würde sich die Situation nicht verbessern, sondern verschlechtern. Dies ist auch die Politik, die die Bundesregierung mit ihrem 500 Mrd. – Projekt verfolgt. Die Auswirkungen dieses Projektes auf den Landkreis haben wir in unserem Haushalt noch nicht berücksichtigt. Im Anschluss an die Darstellung unserer im Haushalt geplanten Investitionen möchte ich hierauf aber noch kurz eingehen.

Wir planen in 2026 mit Auszahlungen im investiven Bereich von 36,760 Mio. € bei Einzahlungen von 18,445 Mio. €. Das sind im Vergleich zu den Vorjahren sehr hohe Zahlen. Mancher wird sagen, die Erfahrung aus den Vorjahren lehrt, dass diese Planungen bei weitem nicht umgesetzt werden. Richtig ist, dass in den Vorjahren viel nicht umgesetzt werden konnte. Die Zahlen für 2024 haben wir eben gehört. Von geplanten Auszahlungen in Höhe von 26,762 Mio. € wurden tatsächlich nur 8,009 Mio. € verausgabt. Grund für die sehr großen Zahl, die wir für 2026 planen, ist auch, dass wir im Rahmen der Jahresrechnung in 2025 keine Haushaltsausgabereise im investiven Bereich bilden werden. Investitionen, die in 2025 nicht begonnen wurden, wurden neu in den Haushalt 2026 aufgenommen. Inhaltlich gehe ich aber auch davon aus, dass es uns in 2026 gelingen wird,

deutlich mehr zu investieren. Zur Erläuterung will ich einen Blick auf die Folie werfen.

Den Breitbandausbau tragen wir in der Tat schon seit 2 Jahren mit uns. Aktuell tut sich aber einiges in diesem Bereich. Insbesondere in den Baumaßnahmen in den kreiseigenen Schulen, hier insbesondere an der Realschule plus in Traben-Trarbach, sind wir gut unterwegs. Auch beim Anbau an das Kreishaus sind wir auf gutem Weg und wir werden in 2026 ungefähr die Hälfte der geplanten Ausgaben tätigen können. Der Bau der Leitstelle in Trier, unsere wesentliche Ausgabeposition im Bereich des Rettungsdienstes ist sehr gut im Zeit- und auch im Kostenplan – so dass man auch hier davon ausgehen kann, dass die geplanten Mittel auch tatsächlich abfließen. Den Mittelabfluss im Bereich der Förderung der Baukosten für Kitas können wir unmittelbar nicht beeinflussen. Auch in die Multimedia-Ausstattung an Schulen werden wir weiter investieren müssen.

Diese investiven Ausgaben werden durch Kredite finanziert. Die Kreditverschuldung des Landkreises ist dank der positiven Entwicklung in den vergangenen Jahren seit dem Jahre 2018 von 89,2 Mio. € auf 73,7 Mio. € im Jahre 2024 zurückgegangen. Diese Entwicklung wird sich in den nächsten Jahren nicht fortsetzen. Zum Ende dieses Jahres wird der Kreditbestand auf 78,6 Mio. € angewachsen sein. Sofern wir das komplette Investitionsprogramm für 2026 umsetzen und hierfür Kredite aufnehmen, wird sich der Schuldenstand auf 92,5 Mio. € belaufen. Das wäre der höchste Stand in der Geschichte des Landkreises. Jeder weiß, dass Kredite auch wieder Geld kosten. Im November hat der Landkreis einen Kredit in Höhe von 4 Mio. € zu einem Zinssatz von 3,12 % aufgenommen. Die Zinsbelastung wird daher auch wieder ansteigen

Kurz eingehen möchte ich

auf das Sonderprogramm des Bundes. 100 Mrd. € gibt der Bund an die Länder weiter. Rheinland-Pfalz erhält hiervon rund 4,8 Mrd. €. Hiervon gibt das Land 60 % – somit ca. 2,9 Mrd. € – an die Landkreise und kreisfreien Städte weiter. Rheinland-Pfalz stockt diesen Betrag seinerseits um 600 Mio. € auf, so dass 3,5 Mrd. € zur Weiterleitung an die Kommunen zur Verfügung stehen. Im Wesentlichen auf der Basis der Einwohnerzahl wird das Land diesen Betrag weiterleiten. Der Landkreis Bernkastel-Wittlich erhält nach dem aktuellsten Gesetzentwurf rund 97 Mio. € – nach dem ersten Gesetzentwurf wären wir noch mit 98,3 Mio. € bedacht worden. Dieses Geld steht über einen Zeitraum von 12 Jahre für Investitionen in verschiedenste Bereiche zur Verfügung. Ein Drittel soll aber bereits in den ersten Jahren investiert werden. Innerhalb des Landkreises wird dieses sog. Regionalbudget auch mit einem noch abschließend festzulegenden Anteil in den kreisangehörigen Raum weiterverteilt. Der Anteil, der weiterverteilt wird, aber auch die Maßnahme, die mit diesem Geld finanziert werden sollen, werden wir in den Besprechungen mit der hauptamtlichen Bürgermeisterin und Bürgermeistern besprechen. Gesetzlich vorgegeben ist, dass durch den Kreistag ein Maßnahmenplan, der bei der Aufsichtsbehörde einzureichen ist, beschlossen wird. Das werden wir voraussichtlich in der ersten Sitzung des Kreistages im neuen Jahr machen.

Der Haushaltsplan für das Jahr 2026 kann digital aufbereitet unter www.bernkastel-wittlich.de/haushalt eingesehen werden. Alle weiteren im Rahmen der Kreistagssitzung am 15.12.2025 behandelten Themen können bei Interesse im Rats- und Bürgerinformations-Netz RUBIN unter www.bernkastel-wittlich.more-rubin1.de eingesehen werden.

Haushaltsreden der Fraktionen zum Kreishaushalt 2026

CDU

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir treffen uns heute, um über den Haushalt 2026 zu beraten. Es ist wieder viel passiert im abgelaufenen Jahr. Zunächst haben wir einen neuen Landrat, der seit März die Geschicke des Landkreises lenkt. Wir haben eine neue Bundesregierung mit dem Kanzler Friedrich Merz. Nach wie vor ist der irrlichternde US-Präsident Trump am Werk, die Welt durchzurütteln. Nach wie vor ist Krieg in der Ukraine. Der russische Präsident denkt gar nicht an Frieden.

Im ganzen Land sehen wir, dass der Stillstand der Wirtschaft mit deutlichen Verlusten an Arbeitsplätzen verbunden ist. Auf dem Bau tut sich sehr wenig. Das ehemalige Flaggschiffe Bosch baut 10.000 Stellen ab. Einzig die Rüstungsindustrie floriert.

Wir leben aktuell in sehr unruhigen und bewegten Zeiten. Zumindest die Zinsfront hat sich etwas stabilisiert und auch die Energiepreisspirale hat sich etwas beruhigt. All diese Entwicklungen haben selbstverständlich Auswirkungen auf unseren Landkreis und seine Menschen, die in diesem leben.

Wie lange dieser unsägliche Krieg noch andauern wird, weiß niemand. Nur eines ist jetzt schon klar, die Zeit des einfachen weiter so ist abgelaufen. Wir müssen für unseren Wohlstand stärker kämpfen und ich behaupte, dass wir alle ärmer geworden sind.

Die aktuelle Debatte um die Rente und die damit getroffene Entscheidung über das Jahr 2031 hinaus diese weiter an die Inflationsentwicklung zu koppeln ist einerseits richtig, andererseits jedoch eine große Bürde für die nachfolgenden Generationen. Denn

das Dilemma, dass immer weniger Erwerbstätige immer mehr Rentner versorgen müssen, ist damit nicht gelöst.

Betrachtet man unsere Haushaltszahlen, so erkennen wir, dass die fetten Jahre vorbei sind. Denn wir werden ein Defizit im Ergebnishaushalt von rd. 9,8 Mio. € ausweisen. Das sind rd. 5 Mio. mehr als im Vorjahr. Ein Trost ist vielleicht, dass es lediglich drei Landkreise schaffen, einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt vorzulegen und wir dann den vierten Platz einnehmen, wie im Vorjahr auch schon.

Trotz nochmals leicht gestiegener Einnahmen aus der Kreisumlage auf jetzt rd. 80,5 Mio. € sinkt die Schlüsselzuweisung B2 auf 53,9 Mio. €. Die Sonderzahlungen aus dem Programm „Handlungsstarke Kommunen“ mit rd. 5,8 Mio. € kompensieren den Rückgang der Schlüsselzuweisungen, ändern am strukturellen Defizit jedoch nichts.

Die allgemeinen Deckungsmittel steigen auf rd. 148,9 Mio. € was ein Plus gegenüber dem Planansatz von 2025 von rd. 2,3 Mio. € ausmacht. Diese Zunahme der allgemeinen Deckungsmittel reicht jedoch bei Weitem nicht aus, um einen Haushaltsausgleich zu erreichen. Gleichzeitig steigen die Ausgaben der Fachbereiche auf 158,4 Mio. € an und beschern uns damit das Defizit im Ergebnishaushalt von rd. 9,8 Mio. €. Deshalb begrüßen wir den Vorschlag der Verwaltung, die Kreisumlage nicht zu verändern.

Die anstehenden Investitionen von rd. 36,7 Mio. € sind nur mit der Aufnahme von rd. 13,9 Mio. € an neuen Investivkrediten zu schultern. Das ist in meinen Augen das einzige Mittel, dass die öffentliche Hand ergreifen kann, um in dem sonst eher schwierigen Umfeld Impulse zu setzen, da diese derzeit im privaten und auch im industriellen Bereich ausbleiben. Die öffentliche

Hand muss hier zum Motor werden, damit die Arbeitsplätze erhalten bleiben. Ich denke hier nur an die Investitionen in den Breitbandausbau, die Kreisstraßen, die kreiseigenen Schulen, insbesondere in die Sanierung der Sporthalle der RS+ in Thalfang und auch den Anbau an die Kreisverwaltung oder die Investitionen in den Ausbau der Gewässer.

Der Landkreis wird die Kreisumlage bei 44,2 % belassen und damit die Kommunen im schwierigen Umfeld nicht noch zusätzlich belasten. Das sind wir den Kommunen schuldig, die ja bisher den Großteil der kommunalen Daseinsvorsorge geleistet haben. Die Kreisumlage wird ein Allzeithoch von insgesamt 80,5 Mio. € erreichen.

Betrachten wir den Ergebnishaushalt, der ein geplantes Defizit von rd. 9,8 Mio. € ausweisen soll. Das hat, wie alle Jahre wieder seine Gründe, die insbesondere in den Fachbereichen 12 und 31 zu suchen sind. Wir sehen hier durch die Neuordnung von Leistungen aus dem FB 31 Hilfe zur Pflege hin in den FB 12 Jugend und Familie unterm Strich eine Zunahme von rd. 4,8 Mio. €. Weiterhin steigen die Personalkosten um rd. 3,4 Mio. €. Allein in den letzten 14 Jahren ist hier ein Aufwuchs der Stellen von rd. 420 auf rd. 560 zu verzeichnen.

Wir haben uns zwischenzeitlich gesellschaftspolitisch daran gewöhnt, dass das so ist. Das ist dann zu akzeptieren. Was jedoch nicht zu akzeptieren ist, dass die Bundes- und Landespolitik weiter ihre Wohltaten zu Lasten der kommunalen Familie verteilt. Ich fordere daher eine Konnexität, die verfassungsrechtlich verankert ist.

Da helfen auch die rd. 11 Mio. €, die wir in diesem und im kommenden Jahr insgesamt vom Land bekommen nur wenig. Das strukturelle Defizit bleibt und wächst weiter an.

Die Einmalzahlungen verpuffen einfach.

Wenn ich an dieser Stelle unseren alten bekannten ehemaligen Kollegen Dr. Richter zitieren darf, liegt der Deckungsgrad der Kreisumlage nur noch bei rd. 85% des o. a. Hauptproduktbereiches 3, der 94,9 Mio. € an Aufwand hat, was einer Unterdeckung von rd. 14,3 Mio. € entspricht. Betrachtet man den Finanzhaushalt, der mit einem Saldo von rd. 18,3 Mio. € abschließt, dann sind die geplanten Investitionen von 36,7 Mio. € nur mit einer Kreditaufnahme in entsprechender Höhe zu finanzieren, da wir keine freie Finanzspitze (-8,1 Mio.€) im Ergebnishaushalt erwirtschaften können.

Die wichtigsten Investivmaßnahmen werden die Erweiterung der Kreisverwaltung, die Sanierung der RS+ Traben-Trarbach, die Sanierung der Freisportanlage RS+ Neumagen-Dhron, die energetische Sanierung der Sporthalle der Liesertal Schule sowie die energetische Sanierung der Schulsportanlage der RS+ in Thalfang und der weitere Ausbau der Kreisstraßen sein. Dies macht zusammen einen Zuschussbedarf von rd. 6,6 Mio. € aus.

Ich bin froh, dass der Landkreis sich in diesen Zeiten seiner Bedeutung als Auftraggeber bewusst ist und in unsere Schulen, Kindergärten und Straßen investiert. Mit rd. 36,7 Mio. € ist dies schon ein ordentlicher Brocken. Hierfür werden im Jahr 2026 formal rd. 18,3 Mio. € neue Kredite aufgenommen, wenn man die ordentliche Tilgung von rd. 4,4 Mio. € abzieht, wird die Verschuldung um 13,9 Mio. € ansteigen, auf dann rd. 92,5 Mio. €. Was einen enormen Sprung ausmacht.

Die Zeiten, in denen wir die Verschuldung abbauen konnten, sind vorbei. Gut, dass wir in den letzten Jahren das so gemacht haben.

Der Thema Trägerschaft der RS+ Thalfang wird nun endlich auch zu einem guten Ende kommen. Die Schule wird zum 1.1.2026 in die Trägerschaft des Landkreises über gehen.

Wir hoffen, dass im Jahr 2026 der unsägliche Krieg in der Ukraine sein Ende finden wird und wir wieder nach 4 Jahren Talfahrt den Wachstumspfad einschlagen werden. Wir hoffen, dass die gesellschaftlichen Herausforderungen, insbesondere was die Transformation der Wirtschaft in eine klimaneutrale, ein Stück weiter vorankommt und die Menschen wieder Zuversicht haben, dass die Politik Antworten auf die drängenden Fragen liefert.

Die CDU-Fraktion wird dem vorliegenden Haushaltsentwurf 2026 mit Stellenplan zustimmen. Ebenso wie dem Haushaltsplanentwurf der Abfallwirtschaftseinrichtung. Wir begrüßen sehr, dass die Abfallgebühren im Jahr 2026 weiter sinken werden und das deutlich. Darüber werden sich die Bürger im Landkreis sicherlich sehr freuen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen Allen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gesundes und glückliches Jahr 2026.

SPD

Sehr geehrter Herr Landrat Hackethal, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, wir beraten heute mit dem Haushalt 2026 ein umfangreiches Werk, das uns leider erst seit vergangenem Mittwoch als Entwurf vorliegt (!!!). Entschuldigung, aber das ist viel zu spät zur gesamtheitlichen Vorbereitung und das muss im nächsten Jahr deutlich früher vorliegen!!!

Dieser Entwurf zeigt uns aber dennoch sehr deutlich, vor welchen strukturellen Herausforderungen die kommunale Ebene steht. Viele Kosten steigen deutlich schneller, als es

die Einnahmen tun – und dennoch tragen wir als Landkreis Verantwortung für gute Schulen, funktionierende Infrastruktur, starke soziale Angebote und die Daseinsvorsorge. Kommen wir auf die Punkte zu sprechen, die uns als SPD-Fraktion wichtig sind: Trotz Einführung der Kita-Umlage bleibt die allgemeine Kreisumlage unverändert bei 44,2 Prozent. Die in der Mitte des Jahres von uns beschlossene und unmittelbar eingeführte Kita-Umlage erfüllt bislang nicht die erhoffte steuernde Wirkung und sorgt auch nicht für eine Entlastungswirkung bei der allgemeinen Kreisumlage. Das wiederum sorgt bei vielen Gemeinden für Unverständnis – auch bei uns.

Wir sehen aber momentan auch keine andere Handlungsmöglichkeit, da der Ergebnishaushalt auch so schon nicht ausgeglichen werden kann. Insofern erkennen wir es an, dass der Landkreis keine weitere, allgemeine Umlageerhebung vornehmen will.

Aber wir verstehen auch: Der Landkreis kann seine gesetzlichen Pflichtaufgaben ohne diese Umlagen nicht erfüllen. Wir begrüßen deshalb ausdrücklich die 5,8 Millionen Euro, die unser Landkreis aus dem 600-Millionen-Sofortprogramm des Landes erhält.

Es ist und bleibt zu betonen und anzuerkennen, dass das Land Rheinland-Pfalz im Rahmen seiner Möglichkeiten viele Anstrengungen unternimmt, in Vorausschau auf die Wirkungen von bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen, den Kommunen unter die Arme zu greifen. Dies wird auch von den kommunalen Spitzenverbänden in Rheinland-Pfalz ausdrücklich anerkannt. Das mag zwar dem Einen oder Anderen zu wenig sein, aber immerhin reden wir hier von einer Entlastung in Höhe von 3,2 Umlagepunkten!

Eine solche oder ähnliche Unterstützung liefert übrigens kein anderes Bundesland in Deutschland für seine Kom-

munen, das muss auch einmal gesagt sein!

Dieser Beitrag hilft, aber dies ersetzt natürlich keine notwendige strukturelle Finanzreform. Und deshalb schließen wir uns der Forderung der Kommunalverbände an: Die Kommunen müssen endlich nachhaltig von Soziallasten entbunden werden.

Mit dem für Sommer 2026 geplanten „Zukunftspakt“ von Bund, Ländern und Kommunen soll zudem die langfristige Aufgabenteilung im Sozialstaat neu geordnet werden. Das ist richtig und notwendig, aber wichtig ist vor allem eines: Neue Aufgaben dürfen nur dann übertragen werden, wenn ihre Finanzierung gesichert ist und es nicht nur Pauschalen gibt, mit denen die Kommunen am Ende das Nachsehen haben.

Nach meiner Meinung brauchen wir sogar eine gesetzlich festgelegte, direkte Beteiligung der Kommunen bei bundespolitischen Entscheidungen, zum Beispiel ganz so, wie die Kommunen in der Schweiz, in Finnland oder den skandinavischen Staaten eine eigene staatliche Ebene darstellen und auf Staatsebene in Entscheidungen direkt eingebunden sind.

Zurück nach Bernkastel-Wittlich: In unserer Rolle als Schulträger müssen wir kontinuierlich dran bleiben und gute Rahmenbedingungen für unsere Schulen schaffen. Die Realschulen plus in Bernkastel-Kues und Neumagen-Dhron arbeiten am Rande ihrer Platzkapazitäten. Der Schulentwicklungsplan bildet also scheinbar nicht mehr die aktuelle Situation ab. Wir brauchen daher eine Fortschreibung, damit Kapazitäten, Räume und Investitionen dem aktuellen Stand angepasst und die weiteren Planungen danach ausgerichtet werden.

Die investiven Maßnahmen an den Kreisschulen, insbesondere energetische Sanierungen und Digitalisierung, begrüßen wir ausdrücklich.

Besonders wichtig ist uns auch die Sicherstellung von Schulsozialarbeit an kleinen Grundschulen, hier bitten wir um eine entsprechende Überarbeitung der Konzeptionierung. Diese wichtige und gute Unterstützung benötigen alle Schulen, egal ob groß oder klein!

Die Beförderung von Schul- und Kita-Kindern werden wir weiterhin kritisch begleiten und Problempunkte ansprechen, wie im ablaufenden Jahr exemplarisch im Hunsrück. Aber wir erkennen auch an, dass die Kreisverwaltung und der VRT die Eingaben stets aufgegriffen und sich um Verbesserungen bemüht haben.

Aus der Haushaltsberatung 2025 bleiben weitere Themen weiter dringlich: Die Schuleingangsuntersuchungen müssen dezentral organisiert werden – wie überall gilt hier das Prinzip „kurze Beine, kurze Wege“, deshalb auch unser Antrag für diese Sitzung.

Wir freuen uns, dass unser letztjähriger Antrag zur Errichtung einer Fachschule für Sozialpädagogik angenommen wurde und am Standort Traben-Trarbach realisiert wird. Dies ist ein entscheidender Schritt, um dem Fachkräftemangel in den Kitas zu begegnen.

Noch ein weiterer Punkt zum Thema Kitas: Wir möchten an dieser Stelle eine, aus unserer Sicht, gute und auch für uns im Landkreis passende Idee einbringen: Das Modell „Praktiker/in in Kindertagesstätten“ eröffnet Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit, nach Abschluss einer gezielten Qualifizierung aktiv in Kitas mitzuwirken und das pädagogische Team zu unterstützen. Grundlage dafür ist die berufliche Qualifizierung „Praktiker/in in sozialen Einrichtungen“ mit IHK-Zertifikat, die theoretische Inhalte und umfangreiche Praxiserfahrungen verbindet.

Diese Praktiker/innen übernehmen im Kita-Alltag vielfältige unterstützende Aufgaben: Sie begleiten Kinder in Spiel-

situationen, wirken bei Kleingruppenangeboten mit, unterstützen bei Routinen wie Schlafenszeiten oder Sauberkeitserziehung und übernehmen hauswirtschaftliche Tätigkeiten. Damit tragen sie zu einem ruhigen, gut strukturierten Alltag bei und ermöglichen den Fachkräften mehr Zeit für pädagogische Kernaufgaben.

Die Kinder profitieren unmittelbar von zusätzlichen Bezugspersonen, und das Team wird in seiner täglichen Arbeit entlastet. Die Beschäftigung erfolgt im Rahmen des Budgets für Arbeit, wodurch sogar ein regulärer Arbeitsplatz auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt geschaffen wird.

Die Finanzierung wird gemeinsam von Eingliederungshilfe, Jugendhilfeträger und Kitaträger getragen. Praktiker/innen werden als vollwertige Teammitglieder integriert und fachlich begleitet; gleichzeitig bleibt die Rückkehr in die Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) bei Bedarf abgesichert.

Das Modell verbindet Inklusion, Fachkräfteentlastung und Teilhabe am Arbeitsleben auf überzeugende Weise: Menschen mit Behinderung erhalten eine berufliche Perspektive, Kitas gewinnen zusätzliche Unterstützung, und Kinder erleben gelebte Vielfalt im Alltag. Wir finden, das ist ein ganz tolles Modell und wir bitten die Verwaltung daher, diesen Vorschlag systematisch zu prüfen, denn wir sind überzeugt: das wäre ein echter Gewinn für alle Beteiligten.

Wir unterstützen die konsequente Fortführung der Investitionen in die Kreisstraßen. Gute Mobilität im ländlichen Raum ist Grundvoraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse.

Positiv hervorheben möchten wir die deutliche Senkung der Müllgebühren um 25 Prozent. Das ist für die Bürgerinnen und Bürger spürbar und ein Beispiel dafür, wie konkrete bürgerfreundliche Politik im Landkreis gemacht wird und

sich dann auch konkret auswirkt, sprichwörtlich greifbar wird! Hier danken wir allen Beteiligten für die mit kluger Vorausschau betriebene Umstrukturierung, die sich jetzt – im wahrsten Sinne des Wortes – bezahlt macht!

Ebenso positiv ist die Entwicklung des Überbetrieblichen Ausbildungszentrums mit dem neuen MINT-Mobil – ein Gewinn für die berufliche Orientierung und die MINT-Bildung im Landkreis.

Wir wissen um die Bemühungen des Landkreises, die Entwicklung in der gesundheitlichen Versorgung in der Region mit eigenen Impulsen zu unterstützen und wichtige Weichenstellungen zu setzen. Daher bitten wir um einen Bericht von unserer Gesundheitsmanagerin Frau Menges in der nächsten Kreistagsitzung, um über den aktuellen Stand zu informieren.

Zudem regen wir an, die Hauptsatzung des Landkreises so zu ändern, dass zwei Stellvertreter*innen für Ausschüsse benannt werden können – wie das in anderen Landkreisen, zum Beispiel im Rhein-Hunsrück-Kreis, längst schon Usus ist. Es ist doch manchmal schwierig, im Ehrenamt die verschiedenen, oft in vielen Ebenen angesiedelten Tätigkeiten miteinander zeitlich in Einklang zu bringen und wir wissen ja nur zu gut, dass oftmals dieselben Personen im Ehrenamt aktiv sind. So können wir entzerren und Verantwortlichkeiten breiter streuen.

Kommen wir zu einem weiteren Anliegen der SPD-Kreistagsfraktion: Wir bitten, die Einführung hybrider Sitzungen und eines öffentlichen Livestreams zu prüfen. Wir wollen damit Transparenz stärken, demokratische Teilhabe für die Allgemeinheit erleichtern und die Vereinbarkeit von Ehrenamt, Beruf und Familie für die Gremienmitglieder verbessern.

In anderen Landkreisen wie Mayen-Koblenz und Rhein-Hunsrück wird es bereits an-

gewendet, und es funktioniert auch sehr gut. Machen wir auch an dieser Stelle unseren Landkreis moderner, attraktiver und interessanter!

Sehr geehrter Herr Landrat, meine Damen und Herren! Trotz mancher Kritikpunkte erkennen wir an, dass der Haushalt 2026 alles in allem sehr solide geplant ist und die zentralen Aufgaben des Landkreises absichert. Wir lehnen als SPD-Fraktion keinen Haushalt aus Prinzip ab. Wir haben ja soeben bewiesen, dass wir selbst auch konkrete und fundierte, zusätzliche Vorschläge machen. Daher werden wir diesem Haushalt zustimmen. Unser Dank gilt Landrat Andreas Hackethal und Herrn Hans-Georg Simon für die Vorstellung des Haushalts und der gesamten Kreisverwaltung für die konstruktive Zusammenarbeit.

Wir wünschen Ihnen allen viel Gesundheit und ein gutes Jahr 2026. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

FW

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir beraten heute einen Haushalt, der uns erneut vor Augen führt, wie groß die finanzielle Herausforderung für unseren Landkreis geworden ist. Die Zahlen sind eindeutig – und sie sind ausgesprochen ernst. Wir können uns nur wenig trösten, wenn wir auf die Situation der Nachbarkreise blicken, denen es noch schlechter geht.

Der Ergebnishaushalt 2026 schließt mit einem Fehlbedarf von 9,79 Millionen Euro ab. Damit verdoppelt sich das Defizit gegenüber dem Vorjahr nahezu. Die Aufwendungen steigen schneller als unsere Erträge, und die strukturelle Unterdeckung setzt sich fort. Im Finanzhaushalt zeigt sich ein ähnliches Bild: Die ordentlichen Ein- und Auszahlungen weisen ein Minus von 3,7 Millionen Euro aus. Besonders

gravierend ist das Investitionsdefizit: 18,315 Millionen Euro, die vollständig durch Kredite ausgeglichen werden müssen. Die Nettoneuverschuldung steigt damit auf fast 14 Millionen Euro – ein Höchststand der letzten 10 Jahre.

Wir Freien Wähler sagen deutlich: Wir wollen und wir müssen investieren. In Schulen, Straßen, Digitalisierung, Breitband und in den Brand- und Katastrophenschutz. Diese Investitionen sind wichtig, und viele davon werden hoch gefördert – das ist gut so. Aber gleichzeitig müssen wir ehrlich miteinander sein: Die dauerhafte Finanzierung dieser Ausgaben über Kredite wird unseren Handlungsspielraum und den der nachgelagerten Kommunen in den kommenden Jahren spürbar einschränken.

Am Deutlichsten wird die finanzielle Schieflage – wie schon seit Jahren – im Sozialhaushalt. Der Zuschussbedarf für den Bereich Soziales und Jugend steigt 2026 auf über 107 Millionen Euro – das höchste je erreichte Niveau. Die Kreisumlage bringt hingegen nur 80,5 Millionen Euro ein. Das heißt: Selbst die gesamte Kreisumlage deckt nicht mehr den Sozialetat. Der Deckungsgrad sinkt weiter und es ist kein Ende dieser Entwicklung absehbar.

Wir müssen uns die Frage stellen: Ist das so alles „von Gott gegeben“ und einfach nur hinzunehmen? Das Beklagen der Entwicklung hat in den letzten Jahren keine Besserung gebracht, sondern ganz im Gegenteil. Aber wo können wir ansetzen? Ein vom Kreis in Auftrag gegebenes Gutachten hat bisher auch nichts zur Verbesserung der Entwicklung beigetragen.

Ich will es hier deutlich auf den Punkt bringen: Wir können weiter so tun, als ob man an der Entwicklung sowieso nichts ändern kann oder wir setzen endlich an den Ursachen an. Das ist schmerzhaft und unangenehm. Ist es doch viel einfacher die Augen zu

verschließen und ständig neue Wohltaten zu versprechen. Gerade im Sozialhaushalt sehen wir, dass wir augenscheinlich nicht mehr in der Lage sind, die Zahlen in den Griff zu bekommen, wenn wir hier an einigen Stellen nicht den Rotstift ansetzen oder alternativ erhebliche Kostenübernahmen durch Land und Bund kommen.

Besonders belastend sind dabei:

- Die stetig steigenden Kosten der Hilfen zur Erziehung. Es ist aus unserer Sicht z. B. dringend an der Zeit, die Zahl der Betreuungsplätze im Kreis in Frage zu stellen. Ist der Kreis Bernkastel-Wittlich dadurch quasi ein Magnet für die hohe Anzahl an Fällen? Stehen den exorbitant hohen Kosten von Einzelfällen wirklich existentielle Notwendigkeiten gegenüber? Fehlt es nicht auch in manchen Fällen an der notwendigen Konsequenz und Sanktion (z. B. Stichwort: Schulverweigerer)?

- Massiv wachsende Aufwendungen für Kindertageseinrichtungen: Können wir uns die Standards, die ständig nach oben geschraubt werden noch leisten? Müssen wir es weiter hinnehmen, dass das Land ständig neue Vorgaben macht, die Kommunen die Zechen aber zahlen lässt?

- Hohe Zuschussbedarfe nach SGB II für Unterkunft und Heizung

- Ein weiterer Anstieg der Eingliederungshilfe, die 2026 über 73 Millionen Euro erreicht

Diese Entwicklungen sind im Wesentlichen nicht hausgemacht. Sie sind Folge gesellschaftlicher Veränderungen, gesetzlicher Aufgaben, unzureichender Refinanzierung durch Bund und Land und struktureller Trends, die alle Landkreise in Rheinland-Pfalz gleichermaßen betreffen. Aber sie treffen unseren Kreis besonders hart. Und so sind wir seit Jahren Spitzenreiter, was die Explosion der Sozialhaushalte betrifft.

Deshalb richten wir heute ei-

nen klaren Appell an die Landes- und Bundesregierung:

- Wir brauchen eine echte Entlastung bei den Sozialausgaben.

- Wir brauchen eine verlässliche Refinanzierung, insbesondere in der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Eingliederungshilfe.

- Und wir brauchen eine Förderungspolitik, die Investitionen nicht nur in der Anfangsphase unterstützt, sondern dauerhaft tragfähig macht.

Gleichzeitig müssen wir als Kreistag unseren Beitrag leisten. Die Freien Wähler schlagen daher vor:

1. Effizienz und Digitalisierung ausbauen: Der Landkreis investiert bereits in IT-Infrastruktur. Wir erwarten, dass diese Investitionen konsequent zur Effizienzsteigerung genutzt werden. Es muss auch konsequent evaluiert werden, ob die Investitionen Früchte tragen. Gerade im Schulbereich habe ich da meine Zweifel. Was haben wir in den letzten Jahren in die Schulen investiert. Ist die Bildung dadurch in gleichem Maße besser geworden?

2. Interkommunale Zusammenarbeit vertiefen: Synergien zwischen Verbandsgemeinden, Gemeinden und Kreis müssen besser genutzt werden – insbesondere im Bereich Personal, Gebäude, IT und Beschaffung. Statt Gründe aufzuführen, warum es nicht geht, erwarten wir mutige und konsequente Initiativen aller Verwaltungsebenen zur Verbesserung der interkommunalen Zusammenarbeit.

3. Investitionen mit langfristigen Nutzen priorisieren: Der Breitbandausbau etwa refinanziert sich im Wesentlichen über Fördermittel. Andere Projekte sollten ebenso streng auf Nutzen und Folgekosten geprüft werden. Vorsicht vor zeitlich begrenzten Förderprogrammen, die z. B. Stellenmehrungen in den Verwaltungen zur Folge haben. In der Regel gelingt es nicht mehr, nach Ablauf des Förder-

zeitraums, die Dinge wieder zurückzufahren.

4. Klarer Fokus auf Kinder, Bildung und Sicherheit: Diese Bereiche sind unverzichtbar für die Zukunftsfähigkeit des Kreises – hier stehen wir Freien Wähler klar hinter den Investitionen, deren Effizienz allerdings ständig zu überprüfen ist. Wir begrüßen auch ausdrücklich, dass der Kreis Verantwortung für die Kreismusikschule übernommen hat. Hier wird wertvolle Arbeit geleistet, die unsere Kinder und Jugendlichen voranbringt und den Kulturstandort sichert.

5. Investitionen in Klimaschutz und Hochwasservorsorge: Hier müssen wir viel schneller werden, wenn wir die nächste Katastrophe von unseren Bürgerinnen und Bürgern abwehren wollen. Viel zu viel Geld versickert in bunten Plänen statt in konkreten Maßnahmen. Nicht die Pläne schützen uns vor der Katastrophe, sondern die Maßnahmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Haushalt ist kein Haushalt der Wünsche. Es ist ein Haushalt, der uns an Grenzen führt. Aber er ist auch ein Haushalt, der Chancen enthält: in der Digitalisierung, im Infrastrukturausbau und im Bereich der Daseinsvorsorge. Wir Freien Wähler werden dem Haushalt zustimmen, weil klar ist, dass wir gemeinsam an strukturellen Verbesserungen arbeiten müssen – und dass aber auch Bund und Land ihre Verantwortung wahrnehmen müssen. Der Landkreis darf nicht dauerhaft zum Reparaturbetrieb sozialpolitischer Entscheidungen anderer Ebenen werden.

Wir müssen klare Schwerpunkte setzen und auch bereit sein zu schmerzlichen Eingriffen. Wir sehen derzeit auf Bundesebene, wie man sich hier schwer tut. Das sollte bei uns verantwortungsvoller gestaltet werden.

Zum Schluss möchte ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Kreistag, den Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern und un-

serem Landrat und seiner Führungsmannschaft sehr herzlich für das gute und vertrauensvolle Miteinander danken. Ein besonderer Dank geht auch an alle ehrenamtlich Aktiven in unserem Landkreis. Ohne sie wären der Kreis und die Kommunen längst handlungsunfähig. Ihnen allen wünsche ich eine glückliche Weihnachtszeit, vor Allem aber Gesundheit und Wohlergehen im neuen Jahr. Vielen Dank.

AFD

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen,

wir beraten heute über den Kreishaushalt 2026. Dieser Haushalt ist kein lokales Versagen und kein Ausdruck schlechter Verwaltungsarbeit – er ist das Ergebnis einer seit Jahren verfehlten Bundes- und Landespolitik, die die kommunale Ebene finanziell systematisch überfordert.

Der Landkreis Bernkastel-Wittlich steht exemplarisch für ganz Rheinland-Pfalz: explodierende Sozialausgaben, ständig wachsende gesetzliche Pflichtaufgaben ohne auskömmliche Gegenfinanzierung, steigende Integrations- und Unterbringungslasten sowie immer neue Standards und Bürokratie, die wir umzusetzen haben – beschlossen in Berlin und Mainz, bezahlt vor Ort.

Die Folgen sind eindeutig: Unsere Haushalte geraten massiv unter Druck – nicht, weil der Kreis falsch wirtschaftet, sondern weil Bund und Land Kostenlawinen auslösen, die die kommunale Ebene nicht mehr steuern kann.

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Rund 90 Prozent des Kreishaushalts bestehen aus gesetzlichen Pflichtaufgaben. Hier kann der Kreis weder sparen noch priorisieren oder gestalten. Der Kreis vollzieht, was andere politische Ebenen beschließen.

Und regelmäßig folgen neue

Gesetze, neue Sozialleistungen, neue Programme. Die Botschaft lautet stets: „Die Kommunen machen das schon.“ Aber bezahlen müssen es unsere Bürger. Ihre Bundespolitik beschließt – unsere Haushalte explodieren. Ihre Landespolitik beschließt – und wir kämpfen darum, dass die Kreisumlage nicht steigt.

Der Haupttreiber des Haushalts, die Sozialausgaben, entzieht sich vollständig unserer Steuerung. Wer behauptet, dieses Problem lasse sich kommunal lösen, verkennt bewusst die Realität. Besonders zynisch wird es, wenn hier im Kreistag SPD, Grüne und andere Fraktionen die Landespolitik kritisieren – Ihre Landespolitik. Genau jene Politik, die seit Jahren neue Leistungen beschließt, Standards erhöht und die Kommunen ohne ausreichende Finanzierung zurückschleift.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen: Sozialpolitik kann man nur betreiben, wenn die Einnahmen dauerhaft höher sind als die Ausgaben. Alles andere ist politisches Wunschdenken auf Kosten der kommunalen Realität.

Ein Wort zu der im Kreisausschuss gefallenen Aussage über angeblich „positive Schulden“: Das ist falsch. Es gibt keine positiven Schulden. Schulden sind immer ein Soll – niemals ein Haben. Und sie müssen mit Zinsen zurückgezahlt werden – von den Kommunen und am Ende von den Bürgern. Wenn dieser Haushalt unter Druck steht, dann nicht wegen des Landrats oder der Verwaltung, sondern wegen einer verfehlten Bundes- und Landespolitik.

Ich komme zu einem Punkt, der unsere Sorge um demokratische Kontrollrechte unterstreicht: Ein Mitglied unserer Fraktion wurde von der Caritas sinngemäß vor die Wahl gestellt, entweder die AfD zu verlassen oder den Arbeitsplatz zu verlieren. Ich sage klar: Das ist Einschüchterung. Das ist politischer Druck gegen einen gewählten Man-

datsträger. Ein Mandat darf niemals zum beruflichen Risiko werden.

Ein kurzes Wort zur regionalen Presse, konkret zum Trierischen Volksfreund: Berichte über unsere Arbeit beschränken sich häufig auf Skandalisierung und Gegendemonstrationen, während Vandalismus, Einschüchterung und Inhalte ausgeblendet werden. Das hat mit journalistischer Neutralität wenig zu tun und erklärt das schwindende Vertrauen vieler Bürger auch zu Ihrem Blatt!

Meine Damen und Herren, trotz all dieser deutlichen Kritik sage ich ebenso klar: Dieser Kreishaushalt ist unter den gegebenen Umständen alternativlos. Die Verwaltung arbeitet innerhalb enger gesetzlicher Vorgaben. Der Landrat verwaltet keinen Wunschhaushalt, sondern einen Zwangshaushalt. Unsere Kritik richtet sich nicht gegen die Kreisverwaltung, sondern gegen die politische Ebene darüber.

Aus Verantwortung gegenüber dem Landkreis Bernkastel Wittlich und seinen Bürgern wird die AfD Fraktion dem Kreishaushalt 2026 zustimmen. Diese Zustimmung ist keine Billigung der Bundes- und Landespolitik, sondern ein Bekenntnis zur kommunalen Handlungsfähigkeit.

Und zum Schluss sage ich: Am 22. März wird gewählt. Und ich freue mich auf diesen Tag. Denn dann rechnen die Bürger endlich mit der rot grünen Politik ab – und niemand wird die politische Realität länger ignorieren können. Vielen Dank.

B90/Grüne

Sehr geehrter Herr Landrat Hackethal, verehrte Frau Beigeordnete und Herren Beigeordnete, geschätzte Kreistagsmitgliederinnen und -mitglieder, verehrte Gäste, ich hatte eine ziemlich ausführliche Haushaltsrede vorbereitet, aber eben habe ich sie zusammengestrichen. Es ist eigentlich alles gesagt! Fast

könnten wir wie bei „Dinner for one“ sagen „Das selbe Prozedere wir jedes Jahr“.

Jedes Jahr jammern wir Teils zu Recht über die steigenden Schulden und die völlig unzureichende finanzielle Ausstattung der Kommunen durch Land und Bund. Und trotzdem, auch in diesem Jahr, versuchen wir, diesen Haushalt ohne Erhöhung der Umlage zu stemmen. Ein ambitioniertes Vorhaben und eine echte Herausforderung.

Wir haben ein Defizit von 9 Millionen €! Dabei könnten die untergeordneten Kommunen durchaus Verständnis dafür haben, wenn es um eine moderate Steigerung der Umlage ginge, denn die Pflichtaufgaben, die wir mit diesen Mitteln erfüllen, sind schließlich Leistungen, die wir für ihre Bürgerinnen und Bürger erbringen! Aber, und das vergessen wir bei diesen Überlegungen nicht, auch diese Kommunen stehen ja selbst meist mit dem Rücken an der Wand. Erwinnere wir uns in diesem Zusammenhang an die Kindertagesstättenfinanzierung, auch eine Art Umlagenerhöhung, die bei der breiten Diskussion oft nicht bedacht wird.

Von unserem Haushaltsvolumen von rund 330 Millionen € fließen vielleicht mal 2 Millionen in freiwillige Aufgaben, der gesamte Rest geht in das Erfüllen von Pflichtaufgaben! Und die 2 Millionen sind irgendwie auch schon zur Pflichtgabe geworden. Denken wir an die Kreismusikschule, die in diesen freiwilligen Ausgaben enthalten sind. Ich brauche Ihnen nicht zu erzählen, wie wichtig es gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist, Arbeitsplätze zu sichern und den Abschwung abzufedern. Und daher ist es auch richtig, dass wir weiterhin in Bildung, Infrastruktur und Digitalisierung investieren. Ob in Schulen, Straßen, Radwege oder den Ausbau der digitalen Infrastruktur, all dies sind Investitionen in die Zukunft, die wir auf gar keinen Fall vernachlässigen dürfen.

Wir müssen nachhaltig und zielgerichtet investieren! Wir begrüßen den Bau des neuen Katastrophenschutzentrums und hoffen sehr, dass die Nachhaltigkeit durch eine Holzbauweise unterstrichen wird.

Nachhaltig und zielgerichtet! Ich denke wir alle – oder wenigstens die meisten von uns – haben begriffen, dass wir Klimaschutz und Klimaanpassung nicht als Zusatzaufgabe, sondern als Querschnittsaufgabe im gesamten Haushalt begreifen müssen! Klimaschutz bedeutet eben nicht nur, dass wir Starkregenkonzepte umsetzen, wir müssen versuchen Klimakatastrophen zu verhindern. Nur so können wir die richtigen Weichen stellen und mit dazu beitragen, dass auch unser Landkreis in den kommenden Jahrzehnten lebenswert bleibt.

Die Unterstützung von Land und Bund bei unseren Investitionen ist für uns hierbei von zentraler Bedeutung. Ohne sie würde eine zusätzliche Verschuldung sehr riskant werden. Doch zur Zeit erhalten wir ja auch Unterstützung. Als unser Innenminister Ebling den Förderbescheid für den Anbau an unser Kreishaus überbrachte, sagte er, dass es sehr selten sei, einen Bescheid in dieser Höhe zu überbringen. Irgendwie zeigt dies auch, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

In Bildung – sprich Schulen, Kindergärten und Jugendräume zu investieren ist auch der richtige Weg, denn Bildung ist und bleibt der wichtigste Baustein unserer Zukunft! Das berühmte Zitat von John F. Kennedy „Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist als Bildung: nämlich keine Bildung“ verdeutlicht, die weitreichenden Folgen fehlende Bildung auf die Entwicklung unserer Gesellschaft.

So ein Haushalt ist immer nur eine Absichtserklärung und die finanziellen Unsicherheiten, lassen sich nur schwer vorhersehen. Daher werden wir auch dem Haushaltsplan-

entwurf zustimmen.

Eigentlich könnte ich jetzt meine Rede beenden, aber „steter Tropfen höhlt den Stein“ und so möchte ich noch kurz ein paar Dinge ansprechen. Der neue Schuldenstand am Ende des Jahres 2026 wird vermutlich zwischen 80 und 90 Millionen Euro liegen, je nachdem was wir von unseren Absichten auch wirklich umsetzen. Aber so kann und darf es doch nicht weitergehen! Wir wirtschaften immer nur auf Pump!

Ich kann mich nicht daran gewöhnen und wiederhole es gebetsmühlenartig, weil es notwendig ist: Wir brauchen dringend eine richtige Gebiets- und Verwaltungsreform! Die Landesregierung muss mutig, zielgerichtet und konsequent diese Reform in einem Guss umsetzen. Weniger Bürokratie, spart öffentliche Mittel, sprich Steuergelder. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten dies nicht nur, sie werden es ihnen auch danken.

Die Menschen in unserem Land, so auch hier in unserem Landkreis, haben Angst, sie haben Angst vor der politischen Lage, dem Aufrüsten in Deutschland und sie haben Angst vor der wirtschaftlichen Entwicklung. Ich kann Rainer Stablo gut verstehen, wenn er nach Schutzräumen hier in unserem Landkreis fragt. Aber bei der jetzigen Lage fällt das nicht in unsere Zuständigkeit und ich bete auch, dass wir nie welche brauchen.

Die steigenden Energie- und Lebenshaltungskosten erzeugen nicht nur Armut, sondern auch Frustration. Das macht die Menschen anfälliger für extremistische Bewegungen. Daher komme ich leider auch hier nicht umhin, nochmals auf unseren „Runden Tisch Armut“ hinzuweisen. Als ich in Vorbereitung auf diese Haushaltsrede nach einem Tätigkeitsbericht fragte, erfuhr ich, dass er das letzte Mal 2019 getagt hat. Bei einer neu Besetzung des „runden Tisches“ bin ich gerne mit Vorschlägen

behilflich. Wir werden das Rad nicht neu erfinden, aber vielleicht können wir an der ein oder anderen Stelle kleine Verbesserungen für die Menschen in unserem Landkreis erzielen.

Die hohen Ausgaben im sozialen Bereich bereiten uns immer große Sorgen, bedenken wir jedoch, dass hinter jeder Ausgabe ein Schicksal steht! Der Haushaltsentwurf bleibt immer nur so stabil wie die Unabwägbarkeiten der Zukunft. Sei es im sozialen Bereich, durch mehr hilfebedürftigen Menschen, oder aber auch im Bereich des Veterinäramtes. Im Ausschuss für Landwirtschaft und Weinbau haben wir allein über 4 aktuelle Tierseuchen gesprochen, die bei uns angekommen sind oder vor unserer Tür stehen! Die Afrikanische Schweinepest (ASP) würde hierbei die teuerste für uns sein. Hoffen wir, dass wir auch weiterhin davon verschont bleiben!

Unsicher ist auch die Flüchtlingssituation. Zwar sind die Zahlen zurückgegangen, aber wir halten weiterhin Zukunftsmöglichkeiten vor. Dies ist in einem überschaubaren Rahmen auch richtig, denn niemand weiß, was in diesen unsicheren Zeiten die Zukunft bringt. Oder wie unser ehemaliger Landrat immer zu sagen pflegte: „Wir haben keine Glaskugel!“

Wir nutzen die Haushaltsdebatte ja auch immer dazu, einige Anregungen und Bitten los zu werden:

1. Da wären die RWE Aktien. Als sie noch einen sehr schlechten Kurs hatten, haben wir beschlossen, bei einem Wert von 35 € uns nochmal zu beraten, ob wir sie verkaufen oder behalten wollen. Nun stehen sie bei fast 50 €. Wir sind nicht unbedingt dafür sie zu verkaufen, aber es wäre sinnvoll, den damaligen Beschluss zu überprüfen und gegebenenfalls aufzuheben.

2. Wir hatten oder haben große Hoffnung auf die Kreisentwicklung gelegt, wir hören aber nicht mehr soviel davon!

Wir haben mit dem Kreisentwicklungskonzept ein Instrument mit dem wir gestalten könnten! Vielleicht kann uns auf einer der kommenden Sitzungen die aktuelle Arbeit der Kreisentwicklung vorgestellt werden?

Sie, Herr Landrat sind sehr ambitioniert und immer perfekt vorbereitet. Dass sie sich persönlich die Zeit genommen haben, uns als kleine Partei, den Haushalt im Vorfeld näher zu bringen, hat uns geehrt. Vielen Dank dafür! Abschließend möchte ich mich bei Ihnen, Herr Landrat, und bei allen Mitarbeiter*innen der Verwaltung, so wir bei den Kolleginnen und Kollegen hier im Kreistag, die gut mit uns zusammen gearbeitet haben, bedanken.

Wir wünschen Ihnen und allen Menschen in unserem Landkreis ein erholsames Weihnachtsfest - Gesundheit, Mut und Zuversicht für das kommende Jahr!

FDP

Sehr geehrter Herr Landrat Hackethal, sehr geehrte Dame und Herren Beigeordnete, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, der Kreishaushalt 2026 entsteht unter schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen. Steigende Pflichtausgaben, insbesondere im sozialen Bereich, und begrenzte Einnahmemöglichkeiten schränken den politischen Gestaltungsspielraum erheblich ein. Vor diesem Hintergrund ist es richtig, dass der vorliegende Haushalt auf Stabilität, Prioritätensetzung und Verantwortungsbewusstsein ausgerichtet ist.

Der Ergebnishaushalt schließt mit einem voraussichtlichen Minus von 9,790 Mio. Euro ab. Bei einer verzinslichen Kreditaufnahme im investiven Bereich mit 18.315.000 € abzüglich der Tilgungsleistung von 4.394.000 € verbleibt ein Anstieg am Gesamtkreditbestand von 13.921.000 €. Das

sind Summen auf der Negativseite, die wir eigentlich in dieser Größenordnung nicht haben wollen.

Mehr als die Hälfte der Aufwendungen entfällt erneut auf soziale Pflichtleistungen. Diese Ausgaben sind für uns nicht verhandelbar. Gleichzeitig bleibt festzuhalten: Die strukturelle Unterfinanzierung der kommunalen Ebene durch Bund und Land besteht fort. Die FDP erwartet hier weiterhin klare Signale nach oben – denn dauerhafte Mehrbelastungen der Landkreise sind kein tragfähiges Modell.

Was tun, hat der Landkreis doch außer der Jagdsteuer keine Einnahmen. Einzige Stellschraube ist die Kreisumlage, also die Abgabe, die die einzelnen Gemeinden an den Kreis zahlen müssen. Der Vorschlag der Verwaltung, die Kreisumlage wie im Vorjahr mit 44,2 % festzusetzen, findet unsere Zustimmung. Was jedoch, wenn die ADD diesen Haushalt nicht genehmigt und uns vorschreibt, die Kreisumlage wegen der Verschuldung und dem hohen Minus im Ergebnishaushalt zu erhöhen? Dann müssen 107 Gemeinden in vier Verbandsgemeinden, der Einheitsgemeinde und der Stadt Wittlich ihre Haushaltspläne neugestalten. Begeistert dürfte davon niemand sein, sind doch auch deren Haushalte wie man so schön sagt, zum Teil Spitz auf Knopf genäht.

Im Bereich Bildung und Jugend setzen wir auf Qualität statt Symbolpolitik. Investitionen in Schulen, Digitalisierung und berufliche Bildung sind richtig - sie müssen jedoch zielgerichtet und ohne unnötige Folgekosten erfolgen.

Ein weiterer Schwerpunkt für uns ist eine leistungsfähige, digitale und schlanke Verwaltung. Digitalisierung muss endlich zu echten Entlastungen führen – Bürgerinnen und Bürger ebenso wie für die Mitarbeitenden in der Kreisverwaltung. Unnötige Bürokratie gilt es konsequent abzubauen.

Der Deutsche Landkreistag hat in seiner Präsidiumssitzung am 25.11. in Berlin die Länder aufgefordert, ihre in den Landesverfassungen verankerte Pflicht zum vollständigen und rechtzeitigen Mehrbelastungsausgleich gegenüber den Landkreisen, Städten und Gemeinden künftig auch tatsächlich und ohne Ausnahmen anzuwenden. Das Prinzip ist ganz einfach: Wer Aufgaben auslöst, muss auch die Folgen auf der kommunalen Ebene bezahlen. Wenn der Bund Gesetze beschließt, dürfen sich die Länder deshalb nicht länger wegdrücken. Sie sind nämlich verfassungsrechtlich verpflichtet, die dadurch entstehenden Mehrbelastungen der Kommunen vollständig und rechtzeitig auszugleichen – ohne Schwellenwerte, ohne Quoten und Verzögerung.

Der Rheinland-Pfälzische Ministerpräsident Alexander Schwellenwerth fordert in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz seit Wochen, dass der Bund gegenüber den Ländern das Konnexitätsprinzip anwendet. Ein Vorschlag von uns wäre, dass der das in seinem Bundesland Rheinland-Pfalz doch erst einmal selbst anwendet und mit gutem Beispiel vorangeht. Die finanzielle Lage der Kommunen im Land ist schon seit Jahren überaus schwierig. Kommunale Spitzenverbände führen das darauf zurück, dass die Städte und Landkreise viel zu wenig Geld vom Land bekommen. Gleichzeitig würden ihnen immer mehr Aufgaben auferlegt, zum Beispiel im Bereich der sozialen Leistungen und der Kindertagesbetreuung.

Im letzten Jahr haben wir bereits auf die Gefahren bei den Moselschleusen hingewiesen. Die jüngsten Schleusenunfälle an der Mosel zeigen, wie sehr die Landesregierung die Infrastruktur vernachlässigt hat. Seit Jahren wissen wir, dass ein Ein-Kammer-System ein hohes Risiko birgt – trotzdem wurde der Ausbau verschleppt. Seit

Jahren liegen Ausbaupläne für zweite Schleusenammern in den Schubladen; nur drei von zehn deutschen Moselschleusen besitzen überhaupt eine zweite Kammer – Trier, Zeltingen und Fankel. Das ist im Jahr 2025 nicht akzeptabel – weder für die Wirtschaft der Großregion, noch für den Tourismus entlang der Mosel von Trier über Berncastel-Kues bis Koblenz. Die Folgen sind gravierend: monatelange Sperren, Millionenverluste für die Wirtschaft und massive Belastungen für die Region. Wir fordern endlich Taten statt Ankündigungen: klare Zeitpläne für den Bau zweiter Schleusenammern, eine transparente Finanzierung und ein Krisenmanagement, das nicht erst reagiert, wenn die Schäden da sind. Die Mosel ist eine Lebensader für Rheinland-Pfalz – wer hier spart, gefährdet Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit.

Im nächsten Jahr haben wir ja eine Landtagswahl. Wenn man den Prognosen Glauben schenken darf, wird die CDU diese Landtagswahl gewinnen und mit wem auch immer dann die Regierung stellen. Sollte es so kommen, wird ja vieles besser. Den Bürgerinnen und Bürgern im Land Rheinland-Pfalz bleiben dann die Straßenausbaubeiträge erspart, weil sie vom Land übernommen werden und die Umsetzung des Konnexitätsprinzips ist dann auch kein Problem, weil die CDU-Fraktion im Landtag das ja schon seit Jahren von der SPD geführten Regierung in Mainz verlangt. Aber warten wir mal ab, wie das alles ausgeht und dann sehen wir, ob es mit den kommunalen Haushalten besser wird.

Bundeskanzler Merz, CDU hat vor der Bundestagswahl auch versprochen, dass die Energiepreise für alle, ich betone für alle, also auch für die Privatverbraucher gesenkt werden. In den Bescheiden für Strom und Gas, die zur Zeit von den Versorgern an die Endverbraucher verschickt werden, steht

ab dem 01.01.2026 nichts von einer Senkung der Energiepreise drin, das Gegenteil ist der Fall, Energie wird nicht billiger, sondern für die Privatverbraucher teurer. Soviel zu Wahlversprechen einer großen Bundespartei.

Viele Zahlen und Fakten unseres Haushaltes 2026 wurden von meinen Vorrednern hinreichend erläutert, so dass ich darauf verzichten, das alles zu wiederholen. Aber die Aufwendungen der sozialen Sicherung, die den Kreishaushalt mit 63.266.959 € belasten, sind schon eine Größe, über die es nachzudenken gilt. Sehr geehrte Damen und Herren, der Kreishaushalt ist kein Haushalt für politische Wunschlisten. Er ist ein Haushalt der Vernunft, Maß und Verantwortung verlangt. Die FDP-Fraktion stimmt der Haushaltssatzung 2026 mit Haushaltsplan und dem Investitionsprogramm zu.

Wir danken ihnen Herr Landrat Hackethal sowie den Bediensteten der Kreisverwaltung für die geleistete Arbeit in diesem Jahr. Wir wünschen allen Anwesenden sowie der Kreisbevölkerung ein gesegnetes Weihnachtsfest und für das neue Jahr 2026 alles Gute. Danke für ihre Aufmerksamkeit.

WSW

Krieg und Frieden! Guten Tag, in Anbetracht der desaströsen innen- und weltpolitischen Stimmung und Politik, fehlen uns als Fraktion Sahra-W eigentlich die Worte, insbesondere zum vorliegenden Haushaltsplan 2026.

Kriegstüchtig soll unser Land werden, Milliarden Euro sollen investiert werden in Aufrüstung und Kriegsinfrastruktur. Das Trommelfeuer von Bundesregierung und NATO gegen Russland und China lenkt von dem ab, was in Deutschland - mit sehr viel Geld - wirklich gemacht werden müsste. Niemand sollte sich daher wundern, niemand, der die

Kriegspolitik unterstützt, sich darüber beklagen, dass unser heutiger Haushaltsplan so aussieht wie er aussieht, dass die finanziellen Spielräume der Kommunen nahe Null sind.

Die Regierungen der Ukraine und Israels erhalten fortgesetzt Waffenlieferungen, mit denen Kriege befeuert werden, die unendliches Leid bringen und im schlimmsten Fall sogar in einen Atomkrieg enden könnten, der all das vernichten würde, was wir unser Leben nennen.

Warum machen Menschen so etwas, immer und immer wieder? Schon als Kind wurde uns eingeschärft, dass Krieg das Schlimmste ist und so etwas nie mehr vorkommen sollte. Nie wieder Krieg! hieß es damals. Viele von uns sind auch in ihrer Kindheit im christlichen Glauben erzogen worden und da hieß es doch aus der Bibel - „Liebe deinen Nächsten“ und „Du sollst nicht töten“....

In der heutigen Zeit hält man wohl nicht mehr viel von diesen Glaubenssätzen. Man macht sich ja nicht selbst die Hände schmutzig. Man liefert ja nur und investiert - zum Vorteil weniger - in maßlose Rüstung und schickt damit hunderttausende Menschen in den Tod oder lässt sie in den Tod schicken. Für die kommunalen Haushalte bleibt da logischerweise nur noch viel zu wenig übrig.

Offensichtlich haben allzu viele Menschen, was diesen Punkt betrifft, leider nichts dazu gelernt und so begehen sie heute wieder den Fehler, in diese Richtung zu denken und zu handeln. Angeblich sind wir doch die intelligenteste Spezies auf diesem Planeten. Daher ist es schwer verständlich, dass heute einige vom Volk gewählte Politiker, die es eigentlich besser wissen und aus der schier endlosen Kriegsgeschichte Europas gelernt haben sollten, sich auf dieses brandgefährliche Gedankenspiel „Krieg in Europa“ eingelassen haben und nun voller

blinder Überzeugung die Vorbereitung darauf propagieren. Gerade junge Männer werden (in der Ukraine) als Kanonenfutter verheizt. Menschen sterben für einen sinnlosen Krieg.

Man muss sich eigentlich für die Spezies Menschheit schämen, die das ohne große Widerrede so hinnimmt. Wer glauben wir, wer wir sind? Ist diese Denk- und Handlungsweise mit dem großen C oder auch S in einigen Parteien vereinbar, deren maßgebliche Po-

litiker doch für die desolade Haushaltssituation nicht nur im kommunalen Bereich politisch verantwortlich sind?

Fragen über Fragen!!! Bisher sind leider keine Lösungen gefunden worden. Doch ich gebe/wir geben die Hoffnung nicht auf. Es gibt auch etwas anders denkende Parteien, die nicht dem Mainstream folgen. Ist es so schwer, seine persönlichen Ziele hinten anzustellen, in welcher Art und Weise auch immer, und sich an einen Tisch zu setzen und im Sinne

der Mehrheit zu entscheiden? Lasst uns aufeinander zugehen, wieder vernünftig diskutieren ohne Voreingenommenheit. Lasst einen Wandel erfolgen. Vielleicht kommt man ja doch noch auf einen Nenner zum Wohle des ganzen Volkes.

Brandmauern, unwürdige Renten, wirtschaftlicher Abstieg und vieles mehr resultieren aus der bisherigen Einstellung und gehören wieder zu einem vernünftigen Maß korrigiert. Vielleicht brauchen

wir einen gedanklichen Reset. Bitte!!! Für die Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft, für Meinungsfreiheit und für den Frieden!!! Das waren die Gedanken von mir und uns - zum Haushalt - aus einer etwas anderen, grundsätzlichen Sicht.

In diesem Sinne bedanken wir uns als Fraktion Sahra-W für die bisherige gute Zusammenarbeit und wünschen uns allen ein schönes Weihnachtsfest und ein friedvolleres Neues Jahr 2026!

Mitarbeiter in den Ruhestand verabschiedet

Landrat Andreas Hackethal hat bei der Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich zwei langjährige Mitarbeiter in den Ruhestand verabschiedet. Annelly Matzat wurde im Rahmen einer kleinen Feierstunde geehrt, Werner Petry im Zuge einer Personalversammlung.

Werner Petry begann seine Laufbahn bei der Kreisverwaltung am 1. Juli 1977 mit dem Start seiner Ausbildung. In mehr als vier Jahrzehnten war er in unterschiedlichen Aufgabenbereichen tätig, zuletzt seit

dem 15. März 2017 im Fachbereich Finanzen und Kostensteuerung im Bereich Finanzen. Neben seiner fachlichen Arbeit engagierte sich Petry über 30 Jahre hinweg im Personalrat der Kreisverwaltung. Seit 1997 wurde er von den Kolleginnen und Kollegen ununterbrochen zum Personalratsvorsitzenden gewählt. Die langjährige Wiederwahl gilt als Ausdruck des großen Vertrauens, das er sich durch seinen Einsatz, seine Fachkompetenz und den konstruktiven Austausch mit



Werner Petry (m.) wurde von Landrat Andreas Hackethal (r.) und der stellvertretenden Personalratsvorsitzenden Ulrike Klein-Merten (l.) in den Ruhestand verabschiedet.



Annelly Matzat (2.v.l.) wurde von Landrat Andreas Hackethal (r.), der stellvertretenden Personalratsvorsitzenden Ulrike Klein-Merten (l.) und Fachbereichsleiter Jürgen Michels in den Ruhestand verabschiedet.

der Behördenleitung erworben hat. Landrat Andreas Hackethal würdigte Petry als verlässlichen und hoch engagierten Mitarbeiter, der sich durch Fachwissen, Organisationsfähigkeit und Pflichtbewusstsein ausgezeichnet habe. Annelly Matzat war während ihrer langjährigen Dienstzeit im öffentlichen Dienst zuletzt im Fachbereich Verkehr und Zulassung tätig. Auch sie zeichnete sich durch fundiertes Fachwissen, Fleiß und eine zuverlässige Aufgabenerfüllung aus. Für Bürgerinnen und Bür-

ger sowie für Kolleginnen und Kollegen war sie stets eine freundliche, hilfsbereite und kompetente Ansprechpartnerin. Landrat Andreas Hackethal dankte ihr für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit und hob ihre große Kollegialität hervor.

Der Landrat sprach beiden Ruheständlern seinen herzlichen Dank für ihr langjähriges Wirken im Dienst des Landkreises aus und wünschte ihnen für den neuen Lebensabschnitt alles Gute, insbesondere Gesundheit.

**Besuchen Sie uns im Internet:
www.Bernkastel-Wittlich.de**

Unterstützung für Familien: „Familie Aktiv“- neue Broschüre für die erste Jahreshälfte 2026 ab sofort erhältlich

Der Landkreis Bernkastel-Wittlich setzt sich weiterhin engagiert für Familien ein: Die neue Ausgabe der Broschüre „Familie Aktiv“ für die erste Jahreshälfte 2026 ist ab sofort verfügbar – kostenlos als Print- oder digitale Version unter www.Familie.Bernkastel-Wittlich.de

Die Broschüre bietet auf 91 Seiten einen praktischen Überblick über Unterstützungs- und Freizeitangebote im Landkreis – von offenen Beratungsangeboten über Natur-Erlebnistage bis hin zu Krabbelgruppen und Aktionstagen für Familien. Der optimierte Aufbau erleichtert die Suche nach passenden Angeboten.

Erstmalig wird ein neues kostenfreies Angebot für Jugendliche ab 16 Jahren und junge Erwachsene bis 21 Jahre angeboten. Im Juni öffnet außerdem die FASD-Wanderausstellung ZERO! erneut ihre Tü-

ren. Sie informiert Jugendliche und Erwachsene über die Folgen von Alkoholkonsum in der Schwangerschaft.

Die Lebensberatung in Wittlich bietet offene Sprechstunden in Kindertagesstätten und Schulen an. Ein weiterer zentraler Baustein im Unterstützungsnetz ist die Fachstelle Familienbildung in Trägerschaft des Kinderschutzbundes Bernkastel-Wittlich. Sie stellt kostenfreie Angebote für alle Familien bereit, unabhängig von Herkunft oder Lebenslage. Ziel ist es, Eltern im Alltag zu stärken, Wissen zu vermitteln und gemeinsame Zeit zu fördern. An den zwölf KIRFAM-Standorten im Landkreis Bernkastel-Wittlich stehen Eltern in Kindertageseinrichtungen wohnortnah qualifizierte Fachkräfte zur Seite. Ob Fragen zur kindlichen Entwicklung, zur Stärkung von Kinderrechten oder zur Förderung von Resilienz – hier finden

Familien unkompliziert Unterstützung und kompetente Beratung direkt in ihrem Lebensumfeld.

Kontakt und Bestellung bei der Kreisverwaltung Bernka-

stel-Wittlich, Netzwerkkoordination Kinderschutz, Kurfürstenstraße 16, 54516 Wittlich, E-Mail: Florian.Meurer@Bernkastel-Wittlich.de, Tel.: 06571 14-2189.

Landrat besucht Bergweiler und Starkenburg

Im Rahmen seiner Besuchsreihe war Landrat Andreas Hackethal in Bergweiler und Starkenburg zu Gast.

Bei den Gesprächen mit Bürgermeisterin, Ratsmitgliedern und engagierten Bürgern ging es um aktuelle Themen vor Ort, Herausforderungen und Chancen der kommunalen Entwicklung. „Mir ist der per-

sönliche Austausch wichtig – nur so können wir gemeinsam Lösungen finden, die wirklich passen“, so Hackethal.

Der Landrat besucht aktuell jede Gemeinde und jede Stadt im Landkreis Bernkastel-Wittlich. Die Besuche erfolgen nach dem Zufallsprinzip, die Reihenfolge wird ausgelost.



Bergweiler: Landrat Andreas Hackethal mit Ortsbürgermeisterin Franziska Thetard, Gemeinderatsmitgliedern und engagierten Bürgern.



Starkenburg: Landrat Andreas Hackethal mit Ortsbürgermeister Jörg Emmerich und Gemeinderatsmitgliedern.

Sicherheit von Bauwerken möglicherweise gefährdet

Am 6. November 2023 ist das Dach der Kirche St. Elisabeth in Kassel vollständig eingestürzt. Die Haupttragelmente der Dachkonstruktion der Kirche (Baujahr 1959/60) bildeten geklebte Holzstegträger, sogenannte „Wolff“-Stegträger.

Das rheinland-pfälzische Finanzministerium als oberste Bauaufsichtsbehörde empfiehlt, Gebäude und insbesondere Dachkonstruktionen überprüfen zu lassen, in denen diese Träger verbaut wurden. Laut Ministerium hat ein Gutachten ergeben, dass der Einsturz in Kassel „sehr wahrscheinlich vom Versagen der mit Harnstoffharz ausgeführten Generalkeilzinkenverbindungen in Firstnähe ausgegangen ist. Als eine wesentliche Ursache wurde die

mangelhafte Ausführung (Klebefugendicke, Klebstoffauftrag) – vermutlich in Kombination mit einem ungeeigneten Verfahren zum Aufbringen des Anpressdrucks – identifiziert. Das Finanzministerium informiert auf seiner Internetseite fm.rlp.de ausführlich: unter Themen – Baurecht und Bautechnik – Bauvorschriften – Verwaltungsvorschriften und Rundschreiben mit Klick auf „Hinweis zu Wolff-Holzstegträgern mit harnstoffverklebte Generalkeilzinkenverbindungen“.

Wer als Eigentümer im Landkreis Bernkastel-Wittlich betroffen ist, sollte Kontakt zur Bauaufsichtsbehörde bei der Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich aufnehmen, E-Mail Bauaufsicht@Bernkastel-wittlich.de.

Zweckverband Abfallwirtschaft Region Trier beschließt Neuerungen ab Januar 2026

Die Verbandsversammlung des Zweckverbands Abfallwirtschaft Region Trier (A.R.T.) hat für den Jahresbeginn Änderungen der Abfall- und der Gebührensatzung beschlossen. Die neuen Regelungen stehen für eine weiter harmonisierte, bürgernahe Abfallwirtschaft in der Region. Gleichzeitig wurde der Wirtschaftsplan für das Jahr 2026 verabschiedet, der wichtige Investitionen der kommenden Jahre absichert.

Für viele Menschen in der Region ist es eine gute Nachricht, dass der A.R.T. künftig auch eine deutlich kleinere Restabfalltonne mit einem Fassungsvermögen von 60 Litern anbietet. Sie richtet sich vor allem an Haushalte, die bisher eine 80 Liter Restabfalltonne nutzen und in denen nicht mehr als drei Personen gemeldet sind und die im Alltag nur geringe Mengen Restabfall produzieren. Bisher war die 80-Liter-Tonne der kleinstmögliche Behälter. Die neue Tonne setzt weitere Anreize zur Abfallvermeidung und trägt dazu bei, die Abfallentsorgung noch besser an die tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen vor Ort anzupassen.

Eine weitere wichtige Änderung betrifft die Entsorgung von Sperrabfall. Auch hier reagiert der A.R.T. auf den Wunsch vieler Bürgerinnen

und Bürger nach mehr Flexibilität. Neben der weiterhin möglichen Abholung auf Abruf können künftig jährlich bis zu zwei Sperrabfallaufträge zur gebührenfreien Selbstanlieferung genutzt werden. Dieses neue Serviceangebot erleichtert die Entsorgung insbesondere für Haushalte, die nicht auf eine Abholung warten können. Wer seine sperrigen Gegenstände also flexibel selbst entsorgen möchte, kann diese künftig nach vorheriger Online-Terminbuchung an den Entsorgungsstandorten abgeben.

Mit der Einführung eines gemeinsamen Gebührenhaushalts zum 1. Januar 2026 stellt der A.R.T. die Jahresgrundgebühren erstmals auf eine einheitliche Grundlage. Bislang hatten die Landkreise und die Stadt Trier eigene Gebührenstrukturen, die historisch aus unterschiedlichen Kosten- und Vermögenslagen entstanden waren. Die verbandsweit kalkulierte einheitliche Basisgebühr – als Referenzgröße für einen typischen Vierpersonenhaushalt mit einem 80-Liter-Behälter – liegt bei 99,29 Euro jährlich. Dass die tatsächliche Jahresgrundgebühr je Landkreis beziehungsweise in der Stadt Trier noch voneinander abweicht, hängt ausschließlich mit der Übergangsphase der Eigenkapitalangleichung

zusammen. Diese Phase läuft voraussichtlich bis Ende 2028 aus; danach sollen die Gebühren in allen Gebietskörperschaften vollständig vereinheitlicht sein.

Durch die neue Struktur wird das Gebührensystem deutlich transparenter. Bürgerinnen und Bürger können leichter nachvollziehen, wie sich die Jahresgrundgebühr zusammensetzt und welche Leistungen sie umfasst.

Eine weitere bedeutende Änderung betrifft die Anlieferung an den Wertstoffhöfen und Entsorgungs- und Verwertungszentren (EVZ). Der A.R.T. weitet das bereits in Trier-Nord erfolgreich eingesetzte System der volumenbezogenen Abrechnung auf alle Standorte aus. Dort hat sich gezeigt, dass die Bestimmung des Abfallvolumens per Sichtkontrolle für die meisten Abfallarten besonders kundenfreundlich und zeitsparend ist. Die bislang notwendige mehrfache Verwiegung bei der Abgabe verschiedener Fraktionen führte häufig zu langen Wartezeiten und Rückstaus.

Ab dem 1. Januar 2026 wird daher bis zu einem Anlieferungsvolumen von drei Kubikmetern an allen Standorten volumenbezogen abgerechnet. Für bestimmte Abfallarten kann der A.R.T. zusätzlich festlegen, dass Kleinstmen-

gen bis 0,25 m³ volumenbezogen berechnet werden. Erfolgt keine Verwiegung, wird ebenfalls auf Grundlage der volumenbezogenen Tagesentgelte abgerechnet. Dieses System ermöglicht eine schnellere Abwicklung, erhöht die Transparenz für die Kundinnen und Kunden und trägt zu einer Harmonisierung der Abläufe an allen Anlagen bei.

Mit dem Wirtschaftsplan für das Jahr 2026 schafft der A.R.T. die finanzielle Grundlage für die Fortführung und Weiterentwicklung der Abfallwirtschaft in der gesamten Region. Er sieht Erträge von rund 83,3 Millionen Euro und Aufwendungen von knapp 82 Millionen Euro vor, sodass für das kommende Jahr ein moderater Überschuss eingeplant ist. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf Investitionen in die Infrastruktur – darunter Maßnahmen in den Entsorgungs- und Verwertungszentren, dem Ausbau von Wertstoffhöfen in Wittlich, Konz und Morbach, dem Neubau und die Sanierung betrieblicher Anlagen sowie weiterer Projekte im Bereich nachhaltiger Energiegewinnung. Insgesamt sind für 2026 Investitionen in Höhe von rund 28,6 Millionen Euro vorgesehen; bis zum Jahr 2030 plant der Verband mit einem Gesamtvolumen von über 133 Millionen Euro.

Sechster LEADER-Förderaufruf der LAG Vulkaneifel startet

Auch beim sechsten LEADER-Förderaufruf der Lokalen Aktionsgruppe (LAG) Vulkaneifel sind alle Interessierten, ob öffentliche, private oder gemeinnützige Personen und Institutionen, eingeladen, ihre Projektideen beim Regionalmanagement einzureichen.

Interessierte können ihre Ideen bis zum 20. März 2026 beim Regionalmanagement einreichen. Insgesamt stehen

377.000 € an Fördermitteln zur Verfügung. Gefördert werden können Vorhaben, die innerhalb des LEADER-Gebietes der LAG Vulkaneifel umgesetzt werden sollen und zur Zielerreichung der Lokalen Integrierten Ländlichen Entwicklungsstrategie (LILE) beitragen. Dabei muss ein Vorhaben insbesondere die vier Handlungsfelder der LILE (Aktive Dörfer und Gemeinden,

Profilierung des regionalen Lebens- und Arbeitsraumes, Bewusster Umgang mit der Natur- und Kulturlandschaft und Vulkanlandschaft in Wert setzen und erleben) bedienen. Die Vorhabenauswahl durch die LAG wird im Mai 2026 stattfinden.

Aus dem Landkreis Berncastel-Wittlich können sich Akteure aus allen Gemeinden der Verbandsgemeinde Witt-

lich-Land (außer Osann-Monzel und Platten) und aus den Gemeinden Bausendorf, Bengel, Diefenbach, Flußbach, Hontheim, Kinderbeuern und Willwerscheid der Verbandsgemeinde Traben-Trarbach bewerben.

Weitere Informationen gibt es unter www.leader-vulkaneifel.de oder bei Regionalmanagerin Ronja Schäfer, vulkaneifel@entra.de, 06302 9239-21.

Frauenmonat März 2026: Veranstaltungen für gemeinsamen Flyer gesucht

Im Oktober 2025 haben die Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises Bernkastel-Wittlich gemeinsam mit Landrat Andreas Hackethal und weiteren für Frauenrechte engagierten Menschen den Monat März als Frauenmonat ausgerufen. Auch im kommenden Jahr soll der Frauenmonat wieder mit einem Flyer begleitet werden, der sowohl online als auch in gedruckter Form erscheint.

Für den Frauenmonat März 2026 können erneut Veranstaltungen aufgenommen werden. Dazu zählen Projekte, Initiativen, Vorträge und Workshops ebenso wie Kabarett oder andere Begegnungsangebote. Eingereicht werden können sowohl bewährte Formate als auch neu entwickelte Ideen, die im Laufe des Monats März stattfinden.

„Der Frauenmonat lebt von

der Vielfalt und dem Engagement der Beteiligten. Ziel ist es, Frauen in ganz unterschiedlichen Lebensbereichen sichtbar zu machen und Räume für Austausch, Information und Begegnung zu schaffen“, betont die Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises, Gabriele Kretz.

Beteiligen können sich Frauenorganisationen, Institutionen, Vereine, Träger und sonstige Zusammenschlüsse ebenso wie Einzelpersonen und Selbständige. Für die Veröffentlichung im Flyer wird um einen kurzen Text zum Ablauf der geplanten Veranstaltung

gebeten. Außerdem sollen die Ansprechpartnerin oder Veranstalterin mit Kontaktdaten, der Veranstaltungsort und der Termin, mögliche Teilnahmegebühren sowie besondere Hinweise angegeben werden. Die Informationen sind bis spätestens 25. Januar 2026 schriftlich einzureichen. Dies ist per Post an die Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich, Gleichstellungsbeauftragte Gabriele Kretz, Kurfürstenstraße 16, 54516 Wittlich oder als Worddokument per E-Mail an Gleichstellungsbeauftragte@Bernkastel-Wittlich.de möglich.

Weihnachtsfeier für Pflegefamilien im Landkreis

Mit strahlenden Gesichtern, festlicher Musik und zahlreichen herzlichen Begegnungen fand die traditionelle Weihnachtsfeier für Pflegefamilien des Landkreises statt. Der Pflegekinderdienst, eine Kooperation zwischen der Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich und dem Kinderschutzbund Bernkastel-Wittlich hatte die Veranstaltung mit großer Sorgfalt organisiert und damit einen warmherzigen Rahmen geschaffen, in dem sich Kinder wie Erwachsene gleichermaßen wohl fühlten.

Eine besonders rührende Aktion sorgte für leuchtende Kinderaugen: Der Nikolaus verteilte selbst hergestellte Stofftierchen, die zuvor von einer engagierten Ehrenamtlichen in liebevoller Handarbeit angefertigt worden waren. Landrat Andreas Hackethal, der ebenfalls an der Feier teilnahm, lobte diese Geste und betonte, wie sehr solche persönlichen Beiträge das Miteinander im Landkreis stärken. „Diese Stofftierchen sind mehr als Geschenke – sie sind Zeichen der Wertschätzung und Zuneigung“, sagte er. Neben dem Besuch des Nikolaus konnten die Kinder Christbaumanhänger bemalen, sich nach ihrem Wunsch schmin-

ken lassen oder sich im Spielraum austoben. Ein kleines Buffet mit Plätzchen und warmen Getränken sorgte für eine gemütliche und fröhliche Atmosphäre. Besonders freute sich Landrat Andreas Hackethal über die selbstgebastelten Weihnachtsbaumanhänger, die ihm die Pflegekinder schenkten. Diese schmückten nun den Weihnachtsbaum im Wartebereich seines Büros und verleihen ihm einen besonderen Glanz. Die Gäste gingen mit guten Gesprächen, glücklichen Kindern und einer Portion Weihnachtszauber im Herzen nach Hause. Die Aktion des Nikolaus und der Ehrenamtlichen wird vielen Gästen sicher noch lange in Erinnerung bleiben – als liebevolles Symbol dafür, wie wertvoll persönliches Engagement in unserer Zeit ist. Der Pflegekinderdienst sucht fortlaufend Menschen, die sich als Pflegeeltern engagieren wollen. Bei Interesse gibt der Pflegekinderdienst gerne unverbindlich Auskunft: Tanja Trauden, E-Mail: Tanja.Trauden@Bernkastel-Wittlich.de, Mona Lengsdorf, E-Mail: Mona.Lengsdorf@Bernkastel-Wittlich.de und Julia Kern, Telefon: 06571 2698056, E-Mail: pflegekinderdienst@dksb-wittlich.de.

Verbindungsoffizier für den Landkreis verabschiedet



Landrat Andreas Hackethal (r.) verabschiedete im Beisein des Brand- und Katastrophenschutzinspektors (BKI) Jörg Teusch (l.) und des stellvertretenden BKI Stephan Christ (2. v. l.) den langjährigen Verbindungsoffizier, Oberstleutnant Ralf Bamberger (2. v. r.). Bamberger war fast zwei Jahrzehnte für den Landkreis

wertvoller Ansprechpartner im Kommunalen Kreis-Verbindungs-Kommando, das die Zusammenarbeit der Kreisverwaltung mit der Bundeswehr koordiniert. Für sein engagiertes und kompetentes Wirken dankte der Landrat Ralf Bamberger sehr herzlich und wünschte ihm für seine Zukunft alles Gute.

Verantwortlich für den Inhalt der Kreisnachrichten:

Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich
Postfach 1420, 54504 Wittlich

Ansprechpartner:

Mike-D. Winter, Tel.: 06571 14-2205
E-Mail: Kreisnachrichten@Bernkastel-Wittlich.de

Infoabend zur beruflichen rechtlichen Betreuung

Die Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich lädt am 3. März 2026 um 17:30 Uhr zu einem Infoabend ein, der in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband der Berufsbetreuer/innen durchgeführt wird. Die Veranstaltung richtet sich an alle, die sich für ein vielseitiges, verantwortungsvolles und gesellschaftlich relevantes Berufsfeld interessieren – unabhängig davon, ob bereits berufliche Erfahrungen vorhanden sind oder eine haupt- oder nebenberufliche Neuorientierung angestrebt wird.

Ein Referent des Bundesverbands vermittelt einen praxisnahen Einblick in das Berufsbild der selbstständigen Berufsbetreuung. Dabei werden zentrale Inhalte wie Aufgaben und Arbeitsalltag, der Weg in den Beruf, sowie die gesetzlichen Registrierungs Voraussetzungen vorgestellt. Die Teilnehmenden erhalten so einen umfassenden Überblick über die Anforderungen und Chancen, die die berufliche rechtliche Betreuung bietet. Im Anschluss stehen sowohl der Referent als auch Mitar-

beitende der Betreuungsbehörde Bernkastel-Wittlich für Fragen und Austausch zur Verfügung. Teilnehmer erhalten so die Gelegenheit, Perspektiven zu besprechen und ein authentisches Bild dieses vielfältigen Berufsfeldes zu gewinnen.

Der Infoabend richtet sich an Menschen, die Interesse an sozialem Engagement, rechtlichen Themen, der Unterstützung von Personen mit gesundheitlichen oder kognitiven Einschränkungen haben sowie an alle, die über

eine haupt- oder nebenberufliche Neuorientierung nachdenken. Dazu zählen ebenso Studenten und Absolventen sozialer, pädagogischer oder juristischer Fachrichtungen sowie Quereinsteiger aus verschiedenen Berufsbereichen. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen, das Berufsfeld der rechtlichen Betreuung kennenzulernen und sich aus erster Hand zu informieren. Um Anmeldung unter 06571 14-2275 oder Betreuungsbehoerde@Bernkastel-Wittlich.de wird gebeten.

GIS-Beauftragten der rheinland-pfälzischen Landkreise treffen sich in Wittlich

Geoinformationssysteme (GIS) sind aus einer modernen Verwaltungsinfrastruktur nicht mehr wegzudenken. Neben schnellen grafischen Darstellungen von Sachverhalten ermöglichen Geoinformationssysteme besonders die räumliche Analyse von Sachverhalten und tragen so zu einer Effizienzsteigerung bei. Geoinformationssysteme stellen somit das Werkzeug zur professionellen Verarbeitung und Verwaltung von Geoinformationen dar.

In der Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich fand nun das Treffen der GIS-Beauftragten der rheinland-pfälzischen Landkreise statt, um sich über den aktuellen Stand der Geoinformation, Herausforderungen in der täglichen Arbeit und gemeinsame Zukunftsthemen auszutauschen.

Im Mittelpunkt des Treffens stand das persönliche Kennenlernen sowie der fachliche Austausch über die vielfältigen Aufgaben der GIS-Beauftragten. Die Teilnehmenden stellten ihre jeweiligen Systeme, Projekte und Fragestellungen vor – von der Bereitstellung kommunaler Geodaten über die digitale Aufbereitung von Bebauungsplänen bis hin

zur Einführung und Nutzung des Standards XPlanung. Dabei wurde deutlich, dass GIS und Geodateninfrastrukturen in den Landkreisen eine immer größere Rolle spielen, deren Potenziale aber vielerorts noch nicht vollständig ausgeschöpft werden. Personelle Ressourcen, technische Heterogenität und steigende Anforderungen an die Datenbereitstellung zählen zu den zentralen Herausforderungen. Dr. Stefan Ostrau, Digitalisierungsbeauftragter des Kreises Lippe und Vertreter des Deutschen Landkreistages im Lenkungsgremium der Geodateninfrastruktur Deutschland gab einen Impuls zu den strategischen Entwicklungen im Bereich Geodateninfrastruktur, Digitaler Zwilling und Organisation von GIS-Strukturen. Er betonte, dass moderne Verwaltungen nur dann handlungsfähig bleiben, wenn Geodaten strukturiert, interoperabel und nachhaltig bereitgestellt werden und die GIS-Beauftragten hierfür eine zentrale Rolle einnehmen. Die Organisatoren Marcel Kämmer (Landkreis Bad Dürkheim) und Stephan von St. Vith (Landkreis Bernkastel-Wittlich) zeigten sich sehr zu-



frieden mit dem offenen Austausch. Die nächste Sitzung findet im Frühjahr 2026 online statt.

Das GIS im Landkreis Bernkastel-Wittlich wird kontinuierlich weiterentwickelt und dient als zentrale Grundlage für raumbezogene Entscheidungen im Landkreis. Bürgerinnen und Bürger profitieren seit 2024 zusätzlich von dem neu aufgebauten Geoportal des Landkreises (www.geoportal.bernkastel-wittlich.de), das zahlreiche interaktive Kartenanwendungen bereitstellt – darunter Themen wie Umwelt- und Naturschutz, Infrastruktur, Gesundheitsversorgung und Pflege, Energie,

Demographie, touristische Angebote oder Bauleitplanung. Das Portal ermöglicht es der Öffentlichkeit, Geodaten intuitiv zu erkunden und erleichtert damit Transparenz, Bürgerinformation und Verwaltungskommunikation. Der GIS-Administrator des Landkreises, Stephan von St. Vith durfte das Geoportal und weitere Online-Karten und Apps im November auf der europaweit größten GIS-Konferenz in Bonn vorstellen und zeigte so die modernen Möglichkeiten des eingesetzten Systems. Ansprechpartner ist Stephan von St. Vith, Stephan.vonst-vith@Bernkastel-Wittlich.de, 06571 14-2316.

Öffentliche Bekanntmachungen und Ausschreibungen

Diese öffentlichen Bekanntmachungen und Ausschreibungen finden Sie auch im Internet unter <https://www.bernkastel-wittlich.de/kreisverwaltung/oeffentliche-bekanntmachungen/> bzw. <https://www.bernkastel-wittlich.de/kreisverwaltung/vergaben/>.

Allgemeinverfügung zur Aufhebung der tierseuchenbehördlichen Allgemeinverfügung zum Schutz vor der Aviären Influenza (Geflügelpest)

Aufgrund des Artikel 70 Abs. 1 Buchstabe b und Absatz 2 in Verbindung mit Artikel 55 der Verordnung (EU) 2016/429 in Verbindung mit § 13 Abs. 1 und 2 der Verordnung zum Schutz gegen die Geflügelpest in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Oktober 2018 (BGBl. I S. 1665, 2664) in der zurzeit gültigen Fassung, ergeht für den Landkreis Bernkastel-Wittlich folgende Allgemeinverfügung:

- 1. Aufhebung der allgemeinen Aufstallungspflicht für den Landkreis Bernkastel-Wittlich
Die aufgrund meiner Allgemeinverfügung vom 04. November 2025 angeordnete allgemeine Aufstallungspflicht für die Geflügelhaltungen im Kreisgebiet des Landkreises Bernkastel-Wittlich wird aufgehoben.
- 2. Aufhebung des Verbots der Durchführung und des Verbringens zu Veranstaltungen
Das mit Allgemeinverfügung angeordnete Verbot der Durchführung von Börsen, Schauen oder ähnlichen Veranstaltungen mit Geflügel sowie das Verbot des Verbringens zu vorgenannten Veranstaltungen wird aufgehoben.
- 3. Inkrafttreten
Diese Verfügung gilt am Tag nach ihrer Veröffentlichung als bekannt gegeben.

Wittlich, 19. Dezember 2025
Landkreis Bernkastel-Wittlich
Der Landrat
Andreas Hackethal

Öffentliche Bekanntmachung zum Zwecke der öffentlichen Zustellung gemäß § 1 Abs. 1 Landesverwaltungs-zustellungsgesetz in Verbindung mit § 10 Abs. 1 Nr. 1 Verwaltungszustellungsgesetz sowie § 1 Abs. 1 der Hauptsatzung des Landkreises Bernkastel-Wittlich, jeweils in den aktuell gültigen Fassungen.

Folgende Person, deren Aufenthalt allgemein unbekannt ist, wird benachrichtigt, dass die Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich, Fachbereich 12 – Jugend und Familie, Kurfürstenstraße 16, 54516 Wittlich, gegen sie eine zustellungsbedürftige Entscheidung getroffen hat.
Betroffene/r: Carsten Thomé, geb. 12.02.1997
letzte bekannte Anschrift: 54516 Wittlich, Petrusstraße 16
Datum und Aktenzeichen des Schreibens: 08.12.2025, Az.: 12-34101-50-T-008866
Das Schriftstück kann von der/dem Betroffenen oder von einer durch sie/ihn bevollmächtigten Person bei der Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich, Fachbereich 12 – Jugend und Familie, Kurfürstenstraße 16, 54516 Wittlich, eingesehen werden. Durch die öffentliche Zustellung werden Fristen in Gang gesetzt, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen. Die Entscheidung gilt als zugestellt, wenn seit dem

Tag dieser Bekanntmachung zwei Wochen vergangen sind. Die Entscheidung erlangt Bestandskraft, wenn der/die Betroffene nicht innerhalb von zwei Wochen nach Zustellung schriftlich oder zur Niederschrift bei der Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich Widerspruch einlegt.

Wittlich, 15.12.2025
Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich
Fachbereich 12 – Jugend und Familie
Kurfürstenstraße 16, 54516 Wittlich
Im Auftrag
gez. Manuela Neithöfer

Öffentliche Bekanntmachung zum Zwecke der öffentlichen Zustellung gemäß § 1 Abs. 1 Landesverwaltungs-zustellungsgesetz in Verbindung mit § 10 Abs. 1 Nr. 1 Verwaltungszustellungsgesetz sowie § 1 Abs. 1 der Hauptsatzung des Landkreises Bernkastel-Wittlich, jeweils in den aktuell gültigen Fassungen.

Folgende Person, deren Aufenthalt allgemein unbekannt ist, wird benachrichtigt, dass die Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich, Fachbereich 12 – Jugend und Familie, Kurfürstenstraße 16, 54516 Wittlich, gegen sie eine zustellungsbedürftige Entscheidung getroffen hat.
Betroffene/r: Igor Pecha
letzte bekannte Anschrift: 54340 Detzem, Thörnicher Straße 11
Datum und Aktenzeichen des Schreibens: 17.12.2025, Az.: 12-12-34101-45-P-008800/8801
Das Schriftstück kann von der/dem Betroffenen oder von einer durch sie/ihn bevollmächtigten Person bei der Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich, Fachbereich 12 – Jugend und Familie, Kurfürstenstraße 16, 54516 Wittlich, eingesehen werden. Durch die öffentliche Zustellung werden Fristen in Gang gesetzt, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen. Die Entscheidung gilt als zugestellt, wenn seit dem Tag dieser Bekanntmachung zwei Wochen vergangen sind. Die Entscheidung

erlangt Bestandskraft, wenn der/die Betroffene nicht innerhalb von zwei Wochen nach Zustellung schriftlich oder zur Niederschrift bei der Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich Widerspruch einlegt.

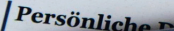
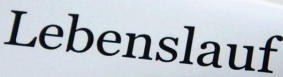
Wittlich, 17.12.2025
Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich
Fachbereich 12 – Jugend und Familie
Kurfürstenstraße 16, 54516 Wittlich
Im Auftrag
gez. Nicole Becker

Amtlche Bekanntmachung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Region Trier (Zweckverband A.R.T.):

Der Jahresabschluss des Zweckverbandes A.R.T. für das Geschäftsjahr 2024 wurde durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Mittelrheinische Treuhand GmbH, Koblenz, geprüft. Der Jahresabschluss erhielt den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers.

- 1. Feststellung des Jahresabschlusses 2024:
a. Der Jahresabschluss 2024 wird in Aktiva und Passiva auf 213.093.806,36 Euro festgestellt.
b. Der Jahresgewinn des Gesamtbetriebes in Höhe von 15.778.345,40 Euro wird auf neue Rechnung vorge-tragen.
- 2. Entlastung der Verbandsleitung:
Dem Vorstandsvorsteher und dem Verbandsdirektor werden für das Wirtschaftsjahr 2024 Entlastung erteilt.
Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2024 liegt vom 12. Januar 2026 bis zum 20. Januar 2026 zu den üblichen Bürozeiten im Dienstzimmer 111, Metternichstraße 33 in Trier, zur Einsicht öffentlich aus.

54292 Trier, den 03.12.2025
Zweckverband Abfallwirtschaft
Region Trier
Metternichstraße 33
54292 Trier




Stellenausschreibung

Die Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich als kundenorientiert, innovativ und wirtschaftlich handelndes Dienstleistungsunternehmen bietet folgende Stelle an:

Projektleiter Ortsinnenentwicklung im Landkreis Bernkastel-Wittlich (m/w/d)

im Fachbereich 06 - Kreisentwicklung
- Vollzeit, EG 11 TVöD, unbefristet -



Die vollständigen Stellenausschreibungen finden Sie unter www.stellen.bernkastel-wittlich.de. Bitte nutzen Sie für Ihre Bewerbung ausschließlich das Bewerberportal.

Bekanntmachung nach dem Grundstücksverkehrsgesetz

Über die Genehmigung zur Veräußerung nachstehender Grundstücke ist nach dem Grundstücksverkehrsgesetz zu entscheiden:

GEMARKUNG:	DISTRIKT:	WIRTSCHAFTSART:	GRÖSSE
Lösnich	In den Vier Morgen	Landwirtschaftsfläche, Betriebsfläche	0,7939 ha
Lösnich	An der Leimkaul	Landwirtschaftsfläche	0,5443 ha
Kröv	Auf Graswiese	Landwirtschaftsfläche	0,1558 ha

Landwirte/Forstwirte, die zur Aufstockung ihres Betriebes am Erwerb des(r) Grundstücks(e) interessiert sind, werden gebeten, dies der Unteren Landwirtschaftsbehörde bei der Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich, Kurfürstenstraße 16, 54516 Wittlich, bis spätestens 16.01.2026 schriftlich mitzuteilen. Ansprechpartner: Stefanie Krieger (Telefon: 06571 14-2418, E-Mail: Stefanie.Krieger@Bernkastel-Wittlich.de) oder Sina Völker (Telefon: 06571 14-2091, E-Mail: Sina.Voelker@Bernkastel-Wittlich.de)